Einzelpreis 10 Mk. Halle, Freitag, den 3. November 1922 32. Jahrgang, Nr. 29

Schriftleitung Hans 42-44 Fernruf Nr. 4667
Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage mit dem täglichen Unterhaltungsteil sowie der Beilagen „Für die Frauen" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Sprechst. der Redaktion nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden

# Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle, Hans 42-44. Fernruf 4606, Zweiggeschäftsstelle u. Buchhandlung Gr. Ulrichstr. 27 Postscheckkonto Nr. 20317 Erfurt. Bezugspreis: wöchentlich 55 Mk., monatlich 220 — Mk. inklusive Zustellungsgebühr. Durch die Post bezogen monatlich 130 Mk. und 70 Mk. Nachzahlung. Anzeigenpreise: Anzeigenteil 10 Mk. pro Millimeter u. Spalte; desgleichen als Reklame im Textteil 30.— Mk.

# Drei Forderungen.

## Die Kommission verlangt schriftlich fixierte Vorschläge.

**Die Sozialdemokratie erwartet, daß die von ihr aufgestellten Forderungen in den Vorschlägen der Reichsregierung an die Ententekommission die notwendige Bewertung finden.**

**Berlin**, 3. November.

Die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Reparationskommission haben am Donnerstag einen gewissen Höhepunkt erreicht. Die Vertreter der alliierten Staaten sind jetzt über Deutschlands Wirtschafts- und Finanzlage bis in die kleinsten Details unterrichtet. Sie haben im Laufe der Verhandlungen die Gründe für eine Hilfe von außen und die Auffassung der Reichsregierung über die sonst noch möglichen Pläne zur Stabilisierung der Mark kennengelernt und wünschen nun von Deutschland einen schriftlich fixierten Vorschlag über

1. **Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark**,
2. **die Behebung der schwebenden Schuld und**
3. **den Ausgleich unseres Budgets.**

Dieser Vorschlag soll von den deutschen Unterhändlern in der Freitag-Sitzung vorgelegt werden und die Grundlage zur Fortsetzung der Aussprache bilden.

Die Reichsregierung beabsichtigt, die endgültige Fixierung des verlangten Vorschlags in einer heute vormittag abzuhaltenden Kabinettssitzung vorzunehmen. Bereits vor Ankunft der Reparationskommission in Berlin hatten bekanntlich die Reparationsressorts mehrere Entwürfe für eventuelle deutsche Vorschläge über die Stabilisierung der Mark ausgearbeitet. An Hand dieser Ausarbeitungen, die übrigens auch die Grundlage der Erklärungen bildeten, die der Reichsfinanzminister gegenüber der Reparationskommission machte, wird das Reichskabinett den verlangten Vorschlag formulieren.

Nach dem Stand der deutschen Verhältnisse kann kein Zweifel darüber bestehen, daß unsere Vorschläge neben einer ausführlichen Begründung unseres Elends als ersten Punkt den Beweis für die Notwendigkeit einer äußeren Anleihe führen. **Ohne äußere Anleihe** — darüber ist sich die Reparationskommission während ihres Aufenthalts in Berlin sicherlich schon klar geworden — **sind alle inneren Maßnahmen gegen die Währungskatastrophe und zur Behebung unserer Not auf die Dauer vergebens.** Nach den vorläufigen Schätzungen hervorragender Finanzfachverständiger **bedarf Deutschland gegenwärtig zum mindesten einer Anleihe, die der Summe von 500 Millionen Goldmark entspricht.** Daß eine derartige Anleihe, die zur Stabilisierung der Mark, zur Behebung der schwebenden Schuld und zur Ausgleichung unseres Budgets Verwendung finden muß, nicht ohne Sicherheit zu erlangen sein wird, darüber sollte sich die Reichsregierung von vornherein klar sein. Sie tut deshalb nur gut, ohne weiteres **die Sicherheiten anzubieten, die in unserer Kraft liegen.**

Darüber hinaus müssen ebenso **Maßnahmen im Innern des Reiches vorgeschlagen werden.** Bisher war die Sozialdemokratie die einzige deutsche Partei, die neben der ständigen Forderung nach einer äußeren Anleihe, die sie zur endgültigen Sanierung der deutschen Finanzen für unbedingt notwendig hält, positive Vorschläge zu Maßnahmen im Innern vorgeschlagen hat. Außer einer Aktion zur Stützung der Mark durch Verwendung eine Teils des Goldbestandes der Reichsbank hat sie die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe, eine beschleunigte Steuereinziehung, eine Hemmung der Luxuseinfuhr und andere handelspolitische Maßnahmen empfohlen. **Diese Forderungen, die sich die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften in den bekannten Schreiben an den Reichskanzler in ihren wesentlichen Punkten zu eigen gemacht haben, hält die Sozialdemokratie nach wie vor aufrecht.** Mehr noch! **Sie erwartet von der Reichsregierung, daß ihren Forderungen in den Vorschlägen an die Reparationskommission die notwendige Verwertung finden.**

Der Dollarkurs vom gestrigen Abend sollte der Reichsregierung beweisen, wohin das deutsche Volk geführt wird, wenn Havensteinsche Rezepte weiterhin Anwendung finden.

## Eine Goldanleihe sicher?

**Das Programm der Regierung in den großen Umrissen bereits festgelegt. — „Ganz bestimmte Aussichten" für eine Auslands-Goldanleihe.**

**Berlin**, 3. November. Das Programm der deutschen Regierung ist in vorbereitenden Beratungen der an dem Reparationsproblem unmittelbar interessierten Ressorts **in großen Umrissen bereits festgelegt worden.** Eine Beratung, die heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattfindet, wird den Vorschlägen unter Berücksichtigung der bisherigen Verhandlungen mit der Reparationskommission ihre endgültige Form geben.

Nach dem „B. T." haben die ausländischen Sachverständigen, soweit ihre Ansichten bisher zur Kenntnis der amtlichen deutschen Stellen gelangt sind, **der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß einzig und allein eine Goldanleihe im Auslande, zu dem besonderen Zweck, eine Aktion zur Stützung der deutschen Währung in die Wege zu leiten, Hilfe bringen könnte.** Wie das Blatt hört, haben sich in den letzten Tagen hierfür ganz bestimmte Aussichten eröffnet. Bisher kann nur soviel gesagt werden, daß die Möglichkeit besteht, durch Vermittelung eines sich über verschiedene Staaten erstreckenden Konsortiums eine solche Anleihe zu erhalten. Reichsfinanzminister Dr. Hermes wird die deutschen Vorschläge der Reparationskommission heute nachmittag in Form einer ausführlichen Denkschrift vorlegen. Diese Denkschrift wird neben den positiven Vorschlägen zur Frage der Markstabilisierung auch eine ausführliche Darstellung der Entwickelung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands enthalten.

## Die bulgarische Sozialdemokratie und die Internationale.

Von Otto Wels.

Im 31. Jahre ihres Bestehens hielt die bulgarische Sozialdemokratie vom 23. bis 25. Oktober dieses Jahres ihren 25. Parteitag in Sofia ab. Sie gestaltete die Tagung zu einer Jubiläumsfeier für die Partei, und trotz der schweren Zeit, der unerhört harten Kämpfe, die die Partei gegen ihre Gegner von rechts und links zu führen hat, lag echte Jubiläumsstimmung über der ganzen Veranstaltung. Der dringlichen Einladung an die Exekutive der 2. Internationale vermochte allerdings keines der Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses, den die englische Arbeiterpartei stellt, zu folgen, weil sie sämtlich bereits durch die Vorbereitungen für die bevorstehenden Wahlen in Anspruch genommen waren. Sie richteten deshalb an mich die Bitte, die 2. Internationale auf dem bulgarischen Jubiläumskongreß zu vertreten und damit zugleich der Einladung an die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu entsprechen. Unser Parteivorstand beschloß dementsprechend, nicht zum wenigsten, weil die Frage der Zugehörigkeit zu einer der verschiedenen Internationalen in der bulgarischen Partei bisher hart umstritten war und jetzt endgültig entschieden werden sollte, nachdem die Partei zwei Jahre lang keiner Internationale angehört hat. Eine Reise auf den Balkan ist heute, wenn man sich nicht den Luxus der Benutzung des Orient-Expreßzuges leisten kann, der in französischer Währung bezahlt werden muß, kein Vergnügen. Drei Nächte und fast ebensoviel volle Tage auf der Bahn, mit endlosen Paß- und Zollplackereien, die besonders in Serbien noch ganz an die erste Zeit nach Kriegsende erinnern, wirken stark auf die Reisestimmung.

Aber jeder Mißmut mußte verfliegen bei dem herzlichen, über alle Maßen begeisterten Empfang, den die bulgarischen Genossen mir und dem tschechischen Genossen Nemec bereiteten. Kaum aus dem Zug heraus, befand ich mich bald in einer mächtigen Manifestation, die die Parteigenossen auf dem Platze vor der großen Kathedrale zu Sofia veranstaltet hatten. Fast endloser Jubel wurde mir für die überbrachten Grüße der deutschen Sozialdemokratie und der Internationale, besonders der englischen Arbeiterschaft, zuteil. Diese Stimmung wird vielleicht verständlicher, wenn man bedenkt, daß es das erste Mal in der Geschichte der bulgarischen Partei war, daß Vertreter der westeuropäischen Bruderparteien erschienen. Zweifellos hat dieser Umstand auch den Jubiläumskongreß selbst mehr in den Mittelpunkt des allgemeinen öffentlichen Interesses gerückt, als es sonst der Fall gewesen wäre. Das kam in der gesamten Presse zum Ausdruck.

Insofern erscheint das wichtig, als die Partei bei den letzten Wahlen eine Schlappe erlitten hat und zurzeit nur durch acht Abgeordnete in der Sobranje vertreten ist. Ihr Ansehen im Lande und auch bei der gegenwärtigen Bauernregierung Stambulinskis, zu der sie in heftigster Opposition steht, ist danach jedoch nicht zu bemessen. Dies kam zum Ausdruck, als die Regierung uns bat, uns nicht nur als Gäste der bulgarischen Partei, sondern auch der Regierung, des ganzen Volkes und Landes zu betrachten. In einer Unterhaltung, die im Zimmer des Präsidenten der Sobranje gelegentlich stattfand, erweiterte sie diesen Wunsch zu der Einladung, in besonders zur Verfügung stehenden Verkehrsmitteln eine Besichtigung des Landes vorzunehmen, um besonders die Wirkungen des Arbeitsdienstgesetzes kennenzulernen, eine Einladung, der wir jedoch schon aus Mangel an Zeit nicht folgen konnten. Ganz abgesehen davon, daß vielleicht auch die reichlich etwas merkwürdige Regierungspraxis der Bauernpartei uns daran hätte hindern können, die sich bekanntlich ihrer politischen Gegner in der denkbar bequemsten Weise dadurch erledigt, daß sie diese ohne Verfahren hinter Schloß und Riegel setzt. Gegenwärtig sitzen etwa 30 frühere bulgarische Minister, zum Teil seit zwei Jahren, im Gefängnis, und jetzt erst soll durch Volksentscheid festgestellt werden, ob sie strafrechtlich verfolgt werden sollen oder nicht. Für unsere Rechtsbegriffe ist das sicher ein etwas ungewöhnliches Verfahren, das aber die Unterstützung der Kommunisten findet.

Der Parteitag selbst war von etwa 300 Delegierten beschickt und tagte stets unter Teilnahme einer mehr als tausendköpfigen Zuhörerschaft. In einem Referat über die innere politische Lage behandelte der parlamentarische Führer der Partei, Christo Pastuchow, besonders eingehend das Verhalten der Kommunisten, die sich, wie überall, als Schädlinge der Arbeiterbewegung und Schrittmacher der Reaktion betätigen. Heute unterhält Rußland in Bulgarien ein Heer kommunistischer Agitatoren. Jedermann weiß, daß die bulgarischen Kommunisten die Gelder zu ihrer Besoldung nicht aufbringen, ebensowenig wie die Gelder zu der Höhe von etwa 15 Millionen Lewa für die Ausführung des im Bau befindlichen kommunistischen Verwaltungsgebäudes in Sofia. Hier fließen die Gelder, die verbungernde Russen am Leben erhalten könnten. Die Form ist geändert, der Zweck ist der gleiche.

Die Sozialdemokratische Partei stützt sich in der Hauptsache auf die reifere Arbeiterschaft. Sie findet die stärkste Stütze in den Gewerkschaften und den Genossenschaften, die sich nach deutschem Muster zentralistisch organisiert, in erfreulicher Entwickelung befinden. Besonders die Gewerkschaft der Lehrer mit über 6000 Mitgliedern steht völlig auf dem Boden der Partei und bildet eine ihrer größten und berechtigsten Hoffnungen für die Zukunft. Im Mittelpunkt des Parteitages standen die Verhandlungen über die Stellung zur Internationale. Schon während meiner Begrüßungsrede, die ich zu einem Referat über die internationale Situation gestaltete, schien die Stellung des Parteitags festzustehen, und als ich am Abend des gleichen Tages in einer großen Volksversammlung über dasselbe Thema sprach, war ich sicher, daß auch die Arbeiterschaft dem bisherigen Zustand ein Ende machen wollte. Als auf dem Parteitag dann der Beschluß zum Eintritt in die 2. Internationale einstimmig gefaßt worden war, kam es zu fortgesetzten stürmischen Ovationen für den internationalen Gedanken.

Wirtschaftlich leidet Bulgarien furchtbar unter den Folgen des Krieges. Daneben ist es die ungelöste mazedonische Frage, die nun schon seit mehr als 30 Jahren das politische Leben der Bevölkerung verpestet. Sicher sind es italienische Ein-

## Sozialdemokratische Anfrage.

**Hermines Brautdiadem und die Ausfuhrgenehmigung.**

**Berlin**, 3. November. **Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Anfrage im Reichstag eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, ob die zuständigen Stellen die Genehmigung zur Ausfuhr des Diadems erteilte, das der ehemalige Deutsche Kaiser als Brautgeschenk nach bisher unwidersprochenen Nachrichten in Berlin habe anfertigen lassen und das einen Wert von mehreren hundert Millionen Mark habe. Falls um die Ausfuhrgenehmigung nicht ersucht worden sei, wird gefragt, ob die Reichsregierung Auskunft über den Verbleib des Schmuckstückes erteilen könne und welche strafrechtlichen Maßnahmen sie zu ergreifen gedenke, wenn das Wertobjekt ohne Erlaubnis über die Grenze gebracht werden würde.**

## Bayerische Kabinettschwierigkeiten.

**„Nationale Persönlichkeiten" mit „Selbstüberwindung" gesucht. — Staatsrat Mayer fürchtet den Fußtritt. — Eintritt der Demokraten in die Regierung?**

**München**, 3. November. (Eig. Drahtber.) Die Bayerische Volkspartei stößt bei ihren Versuchen, das bisherige Regierungssystem fortzusetzen, auf unerwartete Schwierigkeiten. Bisher nahm sie davon Abstand, ihre Parteiführer mit der Regierungsbildung zu betrauen. Sie sucht nach **nationalen Persönlichkeiten, die, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" schreiben, Selbstüberwindung genug besitzen, „die Rolle eines Prügelknaben zu übernehmen** und der Mehrheitspartei die Möglichkeit zu geben, bei gleichbleibendem Programm und Verhältnissen im Parlament populär, je nach der Konjunktur, mal ein bißchen mehr nach links und mal ein bißchen mehr nach rechts, zu regieren." Staatsrat Mayer, der als Berchenfelds Nachfolger gedacht war, scheint das Schicksal seiner Vorgänger Kahr und Lerchenfeld zu fürchten. Ihn hat offenbar Stutzig gemacht, daß ein Führer der Bayerischen Volkspartei geäußert hat: **„Wenn der neue Ministerpräsident nicht mehr paßt, dann schicken wir ihn eben wieder fort."** — Da die Suche nach einem brauchbaren Objekt bisher ohne Erfolg war, ist die Einberufung des Landtags, die für den 3. November geplant war, auf nächste Woche verschoben worden. Bemerkenswert ist, daß innerhalb der Demokratischen Partei eine Strömung besteht, die für den Wiedereintritt in die Koalition wirbt.

Die „Münchener Post" wendet sich in ihrer Donnerstag-Ausgabe mit einer Warnung an die Arbeiterschaft, sich nicht von rechtsradikalen Kreisen provozieren zu lassen. Unser Parteiblatt hebt besonders hervor, daß **die Nationalsozialisten nach dem Vorbild der italienischen Fazisten Putschabsichten für den 11. November planen.**

## In Moskau eingetroffen.

**Warum Brockdorff-Rantzau den Botschafterposten übernommen hat.**

**Berlin**, 3. November. Dem „B. T." zufolge traf gestern der neuernannte deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau in Moskau ein. Er wurde von den Vertretern des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten, dem Stab der deutschen Botschaft und dem deutschen Roten Kreuz empfangen. In seiner Erwiderung auf die Begrüßung betonte Brockdorff-Rantzau, daß er auf die Unterstützung von deutscher und russischer Seite für seine Arbeit vertraue, und daß er **seine schwere Aufgabe nicht übernommen hätte, wenn er nicht fest davon überzeugt wäre, daß Deutschland und Rußland eine gemeinsame Mission in der Welt zu erfüllen hätten.**

## Bonar Laws Programm.

**Die Ursache des Zusammenbruchs des Lloyd Georgeschen Kabinetts. — Die Beziehungen zu Frankreich der Grundton der britischen Außenpolitik.**

**London**, 3. November. Bonar Law hielt gestern vor einer Frauenversammlung eine Rede, in der er u. a. sagte, die wahre Ursache des Zusammenbruchs der Koalition sei darin zu suchen, daß das englische Volk allgemein der Ansicht sei, daß man unter Lloyd Georges Herrschaft nicht wußte, wo man heute stand und nicht sagen konnte, wo man morgen stehen werde. Reue und jüngere Männer in der Regierung würden ebenso wirksame Arbeit leisten wie unter Lloyd Georges Herrschaft. Er — Bonar Law — würde anders als Lloyd George sein wichtiges Amt ausfüllen, indem er nicht alles selber anpreise, sondern handle wie der Mann an der Spitze eines Geschäfts, der die Arbeit anderen überlasse und nur die Aufsicht führe. **Die Beziehungen zu Frankreich müßten der Grundton der britischen Außenpolitik sein.** In der inneren Politik sei die Hauptsache die Verminderung der Ausgaben.

**Vormittag 10 Uhr: Dollar 5950**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221103-18/fragment/page=0001

Mittel und Geldmittel, die hier am Werke sind, um die Aufmerksamkeit von den italienisch-jugoslawischen Fragen abzulenken. Die unzufriedene Bevölkerung hat nur eine große Sehnsucht: die einer ruhigen Entwickelung.

Aus meinen Eindrücken ergibt sich das eine: Der Sozialismus hat im Balkan nicht nur Wurzel geschlagen, er ist auch stark; denn er beherrscht die Kreise der gebildeten Arbeiterschaft. Vor allem aber ist die internationale Sozialdemokratie auch dort die große Hoffnung aller Unterdrückten. Für mich wird der Besuch bei den bulgarischen Sozialisten, wo ich so viel Liebe, Freundschaft und Begeisterung gefunden habe, wie bisher nirgendwo, in ständiger Erinnerung bleiben.

## Republik Türkei?

Laut einer uns gestern nach Redaktionsschluß zugehenden W.T.B.-Meldung, die allerdings der amtlichen Bestätigung noch bedarf, hat die türkische Nationalversammlung in Konstantinopel den Sultan für abgesetzt erklärt und für ihn einen Nachfolger nicht bestimmt. Vielmehr scheint man zu beabsichtigen, das ehemals osmanische Kaiserreich in eine Art von Republik zu verwandeln. Das würde für den Orient ein vollständiges Novum bedeuten. Die orientalischen Staaten fielen und standen bisher mit der monarchistischen Form. Der Monarch galt ihnen zu gleicher Zeit als der oberste religiöse Vertreter, und zumal für die Muselmanen war der Sultan zu gleicher Zeit der Kalif, der als das Oberhaupt der mohammedanischen Kirche galt, über die Grenzen des osmanischen Reichs hinaus. Aber auch die Türkei hat sich modernisiert. Schon vor dem Kriege waren die Jungtürken dafür bekannt, daß sie dem Thron nicht mehr die Achtung entgegenbrachten, die er in Kleinasien lange Jahrhunderte hindurch für sich beanspruchen durfte. Revolutionäre Umtriebe und Putsche zeigten, daß der Sultan in den Händen der einzelnen politischen Gruppen nur noch eine Art Schachfigur war. Das Auftreten der europäischen Großmächte hat im Orient dafür gesorgt, daß das Ansehen des angestammten Herrscherhauses, das man dem Volk in Europa selbst als eine Art nationalen Heiligtums hinzustellen beliebte, gründlich untergraben wurde. Der Friede von Sèvres, den der Sultan widerspruchslos unterschrieb, hat der kaiserlichen Institution in der Türkei den letzten Rest gegeben. Kemal Paschas Widerstand und seine Siege über Griechenland und England bewiesen dem osmanischen Volk, daß es auch ohne einen angestammten Herrscher geht, und so wäre es ja nicht verwunderlich, wenn die Institution des Sultanats für den osmanischen Staat erledigt ist. Eine andere Frage allerdings wird es sein, wie nunmehr die kirchliche Frage geregelt wird. Einerseits ist nicht anzunehmen, daß man dem Sproß eines Königshauses, der sich derart kompromittiert hat, wie der letzte Sultan, und seinem Geschlecht die oberste kirchliche Würde auch weiter übertragen wird. Auf der anderen Seite ist die Vorstellungswelt der Mohammedaner zu sehr mit dem Kalifat verbunden, um kurzerhand einer Neuregelung unterworfen zu werden. Es wird vom völkerpsychologischen Standpunkt von größtem Interesse sein, wie die Türkei einen Ausweg aus dem Zwiespalt finden wird.

## Die gründlichen Griechen.

**Konstantin soll zur Rechenschaft gezogen werden.**

Athen, 9 November. Der frühere König Konstantin soll ersucht werden, vor dem Untersuchungsausschuß zu erscheinen, widrigenfalls er vom Kriegsgericht in Abwesenheit abgeurteilt werden soll. Der Prozeß gegen den Angeklagten soll im Laufe der nächsten Woche beginnen.

## Die neue Zivilprozeßordnung.

**Reichsjustizminister Dr. Radbruch über die Ziele des Gesetzgebungswerkes.**

In der ersten Sitzung der Kommission zur Aufstellung eines Entwurfs einer neuen Zivilprozeßordnung führte Reichsjustizminister Dr. Radbruch in zum einleitenden Ansprache über die Ziele des Gesetzgebungswerkes unter anderem aus: Der aus einem vergangenen Zeitpunkt geborene Prozeß sei in seiner Schwerfälligkeit und Langsamkeit dem Volke völlig entfremdet. Der Unwille weiter Kreise richte sich aber nicht gegen das Prozeßgesetz, sondern gegen die, die es anwenden, gegen die Justiz. Ebenso wie gegen die Strafrechtspflege der Vorwurf der Klassenjustiz, werde gegen die bürgerliche Rechtspflege derjenige der Weltfremdheit der Richter erhoben, der doch eigentlich und wesentlich nur der Zeitfremdheit eines überalteten Gesetzes gelte. Aus solchen Stimmungen heraus ergebe sich die Flucht aus der ordentlichen Justiz, die wir jetzt mit Besorgnis erlebten, die Flucht der kleinen Objekte in die Sondergerichtsbarkeit und die der großen Objekte in die Schiedsgerichtsbarkeit. Die ordentliche Gerichtsbarkeit drohe zu einer Ruine zu werden, gerade noch gut genug, um daraus Steine zu brechen für den daneben zu errichtenden Neubau der Sondergerichte. Gerade die Gebiete, die der ordentlichen Justiz entzogen werden sollten, seien aber diejenigen, aus denen sich am ehesten die Erneuerung ihres sozialen Geistes ergeben könne. Nur eine kräftige und schnelle Neuordnung der Justiz könne ihrer fortschreitenden Aushöhlung durch die Sondergerichtsbarkeit und die Schiedsgerichtsbarkeit Halt gebieten.

In der zweitägigen Beratung besprach die Kommission die wichtigsten grundsätzlichen Fragen der Reform. In einigen Wochen wird die Aussprache fortgesetzt werden.

Außer dem Referenten des Reichsjustizministeriums und Vertretern der preußischen und bayrischen Justizverwaltung gehören der Kommission an: Reichsgerichtsrat Busch (Leipzig), Oberlandesgerichtspräsident Dr. Levin (Braunschweig), Professor Stein (Leipzig), Justizrat Dr. Magnus (Berlin) und als korrespondierendes Mitglied Rechtsanwalt Fuchs (Karlsruhe).

## Liebesgaben für den Mörderkumpan.

**Immer wieder neue Zeichen deutschnationaler Roheit.**

Herausfordernd haben deutschnationale Kreise ihre Sympathien für die Teilnehmer des Rathenau-Mordes bekundet. Was man auf jener Seite sich erdreisten zu dürfen meint, davon gibt eine dem „Vorwärts" zugegangene Mitteilung eine kennzeichnende Probe:

In Charlottenburg ist in der Schreibwarenhandlung von A. Witte (am „Knie"), deren Kundschaft sich fast nur aus Studenten der Technischen Hochschule zusammensetzt, eine Liste ausgelegt, um — „Liebesgaben für den ehemaligen Studenten der Technischen Hochschule Ernst Werner Techow" zu sammeln. Als erster Zeichner ist A. Witte mit 1000 Mk. eingetragen, dann folgen eine weitere Spende von 1000 Mk. und noch mehrere mit kleineren Beiträgen. Der Gewährsmann des „Vorwärts" schreibt dazu: „Ein Zeichen unserer Zeit und des Geistes, der an der Technischen Hochschule gepflegt wird! Sollte aus solchen Liebesgaben auch das Konfekt für Günther beschafft werden sein?"

Abgesehen davon, daß eine öffentliche Sammlung die Genehmigung der Polizeibehörde haben muß, handelt es sich in diesem Falle um eine Uebertretung des Gesetzes zum Schutze der Republik, das u. a. auch die Aufhetzung von Belohnungen auf Gewalttätigkeiten gegen Mitglieder einer republikanischen Regierung mit hohen Geldstrafen und Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Die Berliner Polizei hat gegen die Ladeninhaberin sofort Strafantrag gestellt und sowohl die Zeichnungsliste wie das bereits eingegangene Geld beschlagnahmt.

## Putschgerüchte in München.

**Rupprechts „Manneswort".**

Der „Deia" (früher „Dena") wird aus München geschrieben:

Es ist zweifellos, daß die Vorbereitungen zu einem Rechtsputsch sehr weit gediehen sind. Das Zentrum dieser Bewegung ist die Villa des früheren bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr in München, der neben dem General Ludendorff an der Spitze der ganzen Bewegung steht. Auch Ehrhardt ist bereits in der Villa des Herrn v. Kahr gewesen. Das Reichswehrkommando München dürfte mit fliegenden Fahnen bei einem monarchistischen Putsch zu den Rechtsradikalen übergehen. Man hat bereits Etappen für den Vormarsch nach Berlin festgelegt, bekannt sind solche Etappen in München und in Ostpreußen.

Das beweist also, daß die Bewegung nicht nur in Bayern, sondern auch in Ostpreußen bereits organisiert ist. Ein bekannter Politiker der Deutschen Volkspartei, der unlängst vorübergehend in München weilte, hatte eine Unterredung mit dem ehemaligen Kronprinzen Rupprecht von Bayern, in der auch die Frage eines Putsches zur Sprache kam. Der Politiker wies dabei auf die drohenden Anzeichen eines Putsches und auf die damit verbundenen Gefahren hin und fragte, ob Kronprinz Rupprecht sich, wie behauptet werde, an die Spitze dieser Regierung stellen, und ob er einem Ruf, sei es als König von Bayern, sei es als deutscher Kaiser, Folge leisten werde. Der Politiker wies darauf hin, daß in diesem Falle Deutschland nicht nur in zwei, sondern wahrscheinlich in drei oder mehr Teile zerfallen würde. Kronprinz Rupprecht hat darauf geantwortet, daß er der fränkischen Bewegung vollständig fernstehe, und daß er sich der Gefahr einer solchen Aktion für das Reich völlig bewußt sei. Der Kronprinz hat dem Volksparteiler darauf sein Manneswort gegeben, daß er einem Ruf, sowohl als König wie als Kaiser nie und nimmer Folge leisten werde. Ueber die Frage eines Staatspräsidenten wurde nicht gesprochen, diese Frage bleibt also offen. Zum Schluß äußerte sich Kronprinz Rupprecht wörtlich: „An meiner Person wird und darf die Reichseinheit nicht scheitern!"

Der erste Teil des Berichts dürfte an der Wahrheit nicht weit vorbeigehen. Daß sich in der deutschvölkischen Clique Bayerns Elemente finden, die lieber heute als morgen losschlagen möchten, ist bekannt. Allerdings weiß man auch, daß innerhalb der bayerischen Hakenkreuzler starke Spannungen und Gegensätzlichkeiten bestehen, die einer gemeinsamen Aktion nicht gerade das beste Vorzeichen geben. Inwieweit nun die Putschvorbereitungen mit der bayerischen Ministerkrise zusammenhängen und bis zu welchem Grade die Putschgerüchte in der Krise ihren Ursprung haben, ist vorerst nicht klar ersichtlich. Wenn es in dem Bericht weiter heißt, Exkronprinz Rupprecht habe Zusammenhänge mit den Verschwörern abgeleugnet, so mag das insofern richtig sein, als sich Rupprecht bisher stets vorsichtig im Hintergrund gehalten hat. Wären die Bekundungen des Volksparteilers richtig, so müßte bei Rupprecht ein erfreulicher Gesinnungsumschwung eingetreten sein, aber wahrscheinlich sind sie falsch.

## Völkische Roheit

**Mißhandlung sozialdemokratischer Redner durch deutschvölkische Rowdys.**

Berlin, 3. November. Nach einer Meldung der „V. J." aus Würzburg wurden in einer Versammlung in Marktbreit bei Würzburg der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Lochlein und der Parteisekretär Kern von Deutschvölkischen mißhandelt. Beide liegen schwer verletzt danieder.

## Herr Lambach berichtigt.

In dem Reichstagsbericht vom 24. Oktober hatten wir unter der Spitzmarke „Tüchtige Angestelltenvertreter" gemeldet: „Bei der zweiten Beratung über die Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte versuchten die bürgerlichen Parteien unter Führung der deutschnationalen Handlungsgehilfen-Führer Thiel und Lambach wesentliche Verschlechterungen durchzusetzen, die nur zum Teil verhindert werden konnten. „Herr Lambach, der uns unter dem 31. Oktober eine sogenannte Berichtigung zuschickt, bestreitet das, ärlich wie er nun einmal ist, keineswegs, dagegen behauptet er folgende Dinge, die wir leider im Augenblick von hier aus auf Richtigkeit nicht zu prüfen vermögen:

„Die im Reichstagsbericht des „Volksblatt" für Halle Nr. 20 vom 24. Oktober 1922 enthaltene Behauptung, es sei den deutschnationalen Handlungsgehilfenführern Thiel und Lambach gelungen, eine obere Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht in das Angestelltenversicherungsgesetz hineinzubringen, ist unwahr. Wahr ist, daß ich antwortlich der amtlichen Aufstellung in namentlicher Abstimmung gegen die Einführung einer oberen Gehaltsgrenze gestimmt habe. Auch die Behauptung, ich hätte mich in großer Rede dafür eingesetzt, daß die Unternehmer nur ein Drittel der Beiträge zahlen sollten, ist unwahr. Wahr ist, daß ich in namentlicher Abstimmung für die gleichmäßige Verteilung der Beiträge auf Unternehmer und Angestellte gestimmt und in diesem Sinne auch gesprochen habe."

Soweit Herr Lambach. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst, der bei uns naturgemäß eine größere Glaubwürdigkeit genießt als der Deutschnationale Lambach, schrieb im Anschluß an die betreffende Debatte: „Es war ein besonderes Schauspiel, die Herren Thiel und Lambach sich abmühen zu sehen mit dem Beweis, daß die Unternehmer so hohe Beiträge nicht zahlen könnten, während dies den Angestellten natürlich leichter fällt."

Auch das bestreitet Herr Lambach nicht.

## Der „Propaganda"-Wein.

**Ein merkwürdiger Zeugeneid. — Der Staatsanwalt beantragt drei Monate Gefängnis gegen Hensel. — Das von Korkem, sittlichem Empfinden getragene Plädoyer Dr. Levis.**

Berlin, 3. November.

Am Donnerstag richtete bei der Fortführung des Hermes-Prozesses der Vorsitzende zunächst eine Frage an Herrn Dr. Hermes und an Herrn Faust: „Wer hat denn eigentlich die Anregung zu den Weinlieferungen an Herrn Hermes gegeben?" Niemand weiß es. Herr Hermes nicht, Herr Faust nicht. Also wieder einmal der große Unbekannte.

Damit war schließlich die Zeugenvernehmung beendet. Ag Schluß gab es einen charakteristischen Vorfall. Der Zeuge Faust wird vereidigt. Der Zeuge, Zentrumsmann und Kaiholik, bittet, den Eid nach der neuen unreligiösen Formel leisten zu dürfen. Das geschieht. Rat Dr. Levi weist sofort mit Recht auf diesen eigenartigen Vorgang hin, der bezüglich der Aussage des Zeugen zu denken gebe.

Nun die Plädoyers! Zunächst Herr Generalstaatsanwalt Lindow. Er findet an der Handlungsweise des Herrn Finanzministers gar nichts auszusetzen. Nicht einmal den Vorwurf, der Minister habe sich unvorsichtig benommen, wird erhoben. Die Klarstellung des Falles, so meint der Herr Generalstaatsanwalt, sei zugunsten (!) des Herrn Dr. Hermes verlaufen. Herr Hermes sei eben bei den Winzern insofe seines Interesses für den Weinbau, als Landsmann und Parteifreund beliebt gewesen. (!) Summa summarum: der Angeklagte Redakteur der

## Der Einser.

Von Ludwig Thoma.

Es klopfte, und der Königliche Amtsrichter Joseph Amesreiter rief „Herein!" Dann erschien unter der Tür Frau Realitätenbesitzerswitwe Karoline Zwerger. Eine hübsche, junge Frau mit angenehmen Rundungen, da wo sie am Platze sind.

Sie führte an der Hand ein kleines Mädchen von sieben Jahren, welche verschämt zu Boden blickte.

Auch Frau Zwerger war in einiger Verlegenheit, wie das vielen Leuten geschieht, wenn sie mit Behörden in Berührung kommen.

Und dann schielte Herr Amesreiter so merkwürdig über seine Brillengläser hinaus und schaute sie ganz sonderbar an.

Bielleicht, meinte Frau Zwerger . . . ? Aber das war ausgeschlossen.

Denn Amesreiter war ein sogenannter glänzender Jurist, hatte das Staatsexamen mit I gemacht und war sohin zeugungsunfähig.

Nein, an so etwas dachte er nicht.

Er schaute überhaupt immer so, und Frau Zwerger brauchte nicht rot zu werden.

„Also, was wollen Sie?"

Die junge Frau wollte, nicht wahr, dieses Kind also, ihr Mann war nämlich gestorben, und weil sie selber keine Kinder hatten, dieses Kind also zu sich nehmen.

Gut, oder vielmehr nicht gut.

Was heißt zu sich nehmen?

Was sollen diese unklaren Worte in einem klaren Rechtsgeschäfte?

Frau Karoline Zwerger wollte vermittels der adoptio oder Wahlkindschaft, und zwar vermittels der adoptio in specie minus plena, wozu sie nach erstem Teil, fünftes Kapitel, Paragraph elf bereits in der Geltungszeit des Codex Maximilianeus Bavaricus als Weibsperson berechtigt war, an Kindes Statt annehmen die unterschienene Franziska Furtner.

Ist es nicht so?

Und wenn es so ist, Frau Zwerger, warum sagen Sie dann „zu sich nehmen?"

Warum sind Sie nicht imstande, Ihrem auf Prospektion eines Rechtsgeschäfts gerichteten Willen deutlichen Ausdruck zu verleihen?

Die rundliche Frau weiß es nicht, aber sie weiß, daß dieser lange Mensch mit den vorquellenden Augen, der sie mit seiner Gelehrsamkeit anspuckt, ein königlicher Richter ist, eine Respektsperson.

Und darum wagte sie es nicht, sich darüber innerlich klar zu werden, daß er trotz Stellung und Gelehrsamkeit ein recht saudummer Kerl ist.

Ein Viech mit zwei Haxen, wie der Realitätenbesitzer Reponuk Zwerger — Gott hab ihn selig — immer zu sagen pflegte.

Nein, sie wagte es nicht; sie beantwortete, eine Stunde lang, die blödesten Fragen, welche der Examenseinser Joseph Amesreiter an sie stellte, und wenn ihr manches sonderbar erschien, dann dachte sie bescheiden, daß ihr schlichter Verstand nicht hinreichte, die geheime Weisheit zu sehen.

Endlich war die adoptio minus plena fertig.

Da sagte Frau Zwerger zu dem kleinen Mädchen: „So, jetzt bedank dich auch recht schön beim Herrn Amtsrichter, und mach ein Kompliment und gib ihm dein Blumenbukettl."

Fannerl knixte, wie man es in der Schule bei dem englischen Fräulein lernt, und streckte ihr Sträußchen dem gestrengen Herrn hin.

Es waren zwei Rosen und drei gesprenkelte Nelken.

Eine solche Tathandlung war dem Joseph Amesreiter noch niemals begegnet, und er geriet in einige Verlegenheit.

Jedoch bevor er sich besann und den Fall richtig prüfte, hatte er die Blumen in der Hand und war Frau Zwerger mit der Adoption verschwunden.

Er ging einige Male auf und ab und überlegte.

Die Sache war nicht einfach.

Es lag eine Schenkung vor, unleugbar, eine donatio inter vivos, und überdies konnte sie als der Belohnung halber geschehen sein. Dies aber war unverträglich mit dem richterlichen Amte.

Wie gesagt, Amesreiter überdachte mit juristischer Schärfe dieses Geschenkis und fand nach eifrigem Suchen den richtigen Ausweg.

Er befahl dem Schreiber, das Protokoll noch einmal vorzunehmen, und diktierte: „Nachtrag — haben Sie?"

„Nachtrag."

„Erstens: Nach Abschluß des Protokolls übergab das Wahlkind auf Betreiben der Wahlmutter dem unterfertigten Richter Kind Blumen — fünf Blumen. Halten Sie, was sind das für Blumen?"

„Zwoa Rosen," sagte der Schreiber, „und das andere san Nagerln, Nölken!"

„So? So — — also schreiben Sie: . . . fünf Blumen, Kommma, welche diesgerichtlich als zwei Rosen und drei Nelken bezeichnet wurden.

Zweitens: Der unterfertigte Richter nahm die obengenannten Blumen an, in der Erwägung, daß die Annahmeverweigerung das natürliche Gefühl der Dankbarkeit in dem Wahlkinde zu ersticken geeignet war.

Drittens: Fünf Blumen mit Akt an Herrn Gerichtsvorstand mit dem Ersuchen um geneigte Rückäußerung, ob gegen die Annahme Bedenken bestehen."

So, das war geschehen.

Und der Schreiber wickelte um die Rosen und die gesprenkelten Nelken einen blauweißen Faden und legte sie zwischen die Aktendeckel, wo sie baldigst erstickten, wie alles frische Leben, das in Aktendeckel gelangt.

Joseph Amesreiter aber fühlte sich in gehobener Stimmung. Er hatte gehandelt, wie man es von einem Einser erwarten durfte. Von einem Viech mit zwei Haxen, wie der selige Zwerger zu sagen pflegte.

## Erloschene Liebe.

Eine Frau ging ihres Weges. Da sah sie ein Mann und folgte ihr. Die Frau fragte ihn: „Weshalb läufst du mir nach?" Er gab ihr zur Antwort: „Weil ich mich in dich verliebt habe." Da sagte die Frau zu ihm: „Wie kannst du dich denn in mich verlieben? Meine Schwester ist schöner als ich; sie kommt hinter mir drein. Geh und verlieb dich in sie!"

Da kehrte der Mann um, traf aber nur eine Frau, die häßlich war. Da ward er sehr ärgerlich, ging wieder zu der ersten und sagte zu ihr: „Warum hast du mich angelogen?"

Die Frau aber sagte zu ihm: „Du hast mir doch auch nicht die Wahrheit gesagt. Denn wenn du dich wirklich in mich verliebt hättest, warum wärest du dann zu einer anderen gelaufen?"

Da schämte sich der Mann.

(Aus dem Indischen Narrenbuch, Verlag H. Haessel, Leipzig.)

## Hallisches Theater- und Kunstleben.

**Stadttheater.** Der eigentümlichste Gounod offenbart sich noch einem Wort des feinsinnigen Opernkenners Oscar Bie in der „Margarethe", die von einer außerordentlich musikalischen Phantasie zeugt. Die Oper gelangt mit Hans Waldburg als Faust in Neuinszenierung heute 7½ Uhr im Stadttheater unter Spielleitung von August W. Roesler und musikalischer Leitung von Oscar Braun zur Aufführung. Sonnabend wird die Operette „Polenblut", Sonntag die Oper „Die Bohème", Montag das Märchendrama „Die versunkene Glocke" wiederholt.

**Thalia-Theater.** Am Sonntag 7½ Uhr wird zum erstenmal der dank seiner drastischen Komik in der Wirkung unfehlbare Schwank „So'n Windhund" von Kraatz und Hoffmann aufgeführt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192211 03-18/fragment/page=0002

„Freiheit" hat also den Reichsminister gröblich beleidigt (!) und soll deswegen eine Gefängnisstrafe von drei Monaten (!) zubüßen! Kommentar überflüssig. — Der Verteidiger des Reichsfinanzministers, R.-A. Dr. Alsberg, hatte nach diesen Ausführungen des Generalstaatsanwalts eine leichte Aufgabe. Seine Ausführungen waren daher auch kurz und inhaltslos.

Nach ihm kam R.-A. Dr. Levi zu Wort. Er hatte schnell die Aufmerksamkeit der Richter, der Gegenseite und der Zuhörer, weil er — endlich — das Kind bei dem richtigen Namen nannte. Trefflich das viele Verlegenheitsgerede riß und stellte klar den Tatbestand der aktiven Bestechung gemäß § 333 StGB. heraus, demzufolge es genügt, daß durch das Geschenk der Minister in eine günstigere Seelenverfassung für die Winzer von Mosel, Saar und Ruwer versetzt wurde. Der Direktor Faust hatte erklärt, der Minister habe geholfen und werde helfen. Deshalb die Geschenke. Geschenke waren die Weine. Faust hat es selbst gesagt, und die Sendungen waren ja reihenweise mit Bestellzettel geliefert worden. Gravierender Umstand: nicht irgendein Minister, sondern der Minister für Ernährung und Landwirtschaft, also der Minister für die Winzer, bekam Geschenke von den Winzern. Folglich sind alle Hinweise auf Bismarck und Bülow und irgendwelche andere Beamte, die früher oder später irgendwo und irgendwie auch einmal ein Geschenk erhalten hatten, verfehlt und deplaciert. Erst schrieb sich der Verband die Finger wund — ohne Erfolg. Dann die Verbindung mit Dr. Hermes und alle Wünsche wurden erfüllt. „Nicht alle," betonte Hermes nach dem Plädoyer Levis, aber sofort stellte Levi fest, daß die Ablehnung verschiedener Wünsche der Winzer zwischendurch nur vorübergehend war und daß die Wünsche schließlich doch erfüllt wurden.

Dr. Boenheim, der zweite Verteidiger Henfels, betonte, daß zum mindesten ein Verstoß gegen den § 15 des Reichsbeamtengesetzes vorliege, Herr Hermes habe unbedingt an das Reichsbeamtengesetz denken müssen, ebenso an das preußische Disziplinargesetz, mit dem sein Verhalten im Widerspruch stehe. Beim Fall Augustin habe Hermes selbst erklärt, es genüge schon der Anschein, daß etwas nicht in Ordnung sei, um einen Beamten unmöglich zu machen.

Nochmals redet R.-A. Alsberg um den Kern der Sache herum. Er glaubt, darauf hinweisen zu müssen, daß der Minister keinen Achtstundentag gekannt und noch am Abend bei hervorragenden Persönlichkeiten, die seine Gäste gewesen, mit dem ihm geschenkten Moselwein Propaganda (!) gemacht habe. Demgegenüber betonte Dr. Levi, daß doch Dr. Alsberg im Erzberger-Prozeß unerbittlich auf der Beobachtung des strengsten Maßstabes bei Ministern bestanden habe. Das Gerede von den Propagandawinzen sei nicht sittlichkeitsig. Ein Ernährungsminister, der mitten im Interessenkampf eines hungernden Volkes steht, läßt sich „Symbole der Schaffenskraft des deutschen Volks": Wein, Bier, Brot, Kartoffeln usw. nicht schenken! Man brauche nur die Frage aufzuwerfen: wenn es jeder so machte? und sofort empfinde man den Verstoß des Ministers.

Die von starkem sittlichem Empfinden getragenen Ausführungen Dr. Levis wurden von dem Gerichtshof mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. — Niemand konnte sich des Eindrucks erwehren, daß das natürliche sittliche Empfinden auf der Seite Dr. Levis stand. Trotzdem wird man kaum mit Spannung das Urteil der Strafkammer, das am kommenden Sonnabend verkündet wird, erwarten.

*

### Urteilsverkündigung morgen vormittag.

**Berlin**, 3. November. Die Verkündigung des Urteils im Prozeß gegen den Redakteur Hensel wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers Hermes ist auf Sonnabend 10 Uhr vormittags anberaumt.

---

**Reichstagszusammentritt nicht vor dem 10. November.** Der Aeltestenausschuß des Reichstags wird am Freitag über den Wiederzusammentritt des Plenums Beschluß fassen. Wahrscheinlich tritt der Reichstag vor dem 10. November nicht zusammen.

**Die Einigung der „Maximalisten"** und der „linken Sozialisten-Revolutionären". In einem kürzlich in Moskau stattgefundenen geheimen Kongreß haben sich die „Maximalisten" und die Partei der „linken Sozialisten-Revolutionären" vereinigt. Die Stellung der neuen Partei gegenüber der Sowjetherrschaft ist ablehnend.

## Wirtschaftspolitik.

### 92prozentige Erhöhung der Kalipreise.

**Berlin**, 3. November. Der Reichskalirat lehnte den Antrag des Deutschen Kalisyndikats auf eine Preiserhöhung von 101,5 Prozent ab und beschloß eine solche von 92 Prozent mit Wirkung ab 3. November. Entsprechend wurden zu dem in der Bekanntmachung vom 10. Oktober festgesetzten Inlandshöchstpreis Höchstzuschläge festgesetzt.

### Das katastrophale Fallen des Sowjetrubels

Das vor zwei Wochen anfangende Fallen des Sowjetrubels dauert an, trotz aller Maßnahmen der Regierung und der Staatsbank. Am 8. Oktober wurde nach dem offiziellen Kurs der Moskauer Notierungskommission der Dollar = 3 860 000 Sowjetrubel notiert.

1 Goldrubel = 4 500 000 Sowjetrubel

Am 14. Oktober wird notiert:

1 Dollar = 9 700 000 Sowjetrubel
1 Goldrubel = 5 000 000 „

Am 21. Oktober wird notiert:

1 Dollar = 10 570 000 Sowjetrubel
1 Goldrubel = 5 500 000 „

Für 30 Milliarden englische Kohle angeführt. Es ist ungeheure Kohlenbesitzt hat die Reichsbahnverwaltung genötigt, bisher für 30 Milliarden Mark Steinkohlen aus England einzuführen

## Gewerkschaftliches.

### Erfreuliche Entwickelung im Verband der Maschinisten und Heizer.

**Sitzung des Beirats.**

Am 30. Oktober tagte in Berlin der Beirat des Verbandes der Maschinisten und Heizer. Aus den Berichten der aus allen Teilen des Reichs erschienenen Delegierten ging hervor, daß der Verband überall eine recht erfreuliche Entwickelung genommen hat. Im letzten Quartal fand rund 10 000 Neuaufnahmen gemacht worden. Die vom Verbandsvorstand eingebrachte Vorlage über das neue System der Beitragsleistung und der Unterstützungssätze fand einstimmige Annahme. Der Geschäftsbetrieb des Verbandsamts, wonach mindestens ein Stundenlohn als Wochenbeitrag zu leisten ist, soll mit aller Energie durchgeführt werden. Zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft wurde eine Resolution angenommen, in der mit Bedauern festgestellt wird, daß seit dem Verbandstag im Jahre 1921 die Sozialisierung der Energiewirtschaft nicht im geringsten fortgeführt wurde. Dieser wichtige Zweig der deutschen Wirtschaft befinde sich vielmehr immer noch in einer Desorganisation, die volkswirtschaftlich sehr verhängnisvoll wirke. Das Reichswirtschaftsministerium wird aufgefordert, „mit Beschleunigung an der so notwendigen Sozialisierung weiterzuarbeiten".

**Der organisatorische Zusammenschluß der preußischen Polizeibeamtenverbände** hat die bisher im Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands organisierten Länderverbände veranlaßt, den Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands unter dem 26. Oktober 1922 aufzulösen. Am gleichen Tage ist unter Beteiligung sämtlicher Polizeibeamtenverbände Deutschlands der „Deutsche Polizeibeamtenbund" gegründet worden.

**Zunehmende Arbeitslosigkeit in Hamburg.** Der Ortsausschuß Groß-Hamburg des ADGB warnt die Arbeiter aller Berufe vor Zuzug nach Groß-Hamburg, wo die Zahl der Arbeitslosen in allen Gewerben von Tag zu Tag steigt. Zu dieser schlechten Beschäftigungsmöglichkeit kommt der große Mangel an Unterkunftsräumen, so daß alle Zuzerestlen der schlimmsten Ausbeutung durch die Vermieter preisgegeben sind. Die Hamburger Gewerkschaften bestehen darauf, daß bei den staatlichen Notstandsarbeiten nur staatsanfässige Arbeitnehmer verwendet werden.

**Die „Christen" für die Lohnprämien.** Die Zechen-Vertrauensmännerversammlung des christlichen Bergarbeiterverbandes hat die im Schiedsspruch vorgesehene prozentuale Erhöhung der Bergarbeiterlöhne des Ruhrreviers für November als unzureichend bezeichnet. Dagegen hat sie sich mit dem Gedanken der kollektiven Lohnprämie einverstanden erklärt, weil „eine solche Verbindung der Entlohnung mit den Förderleistungen den Anforderungen der Produktion ebenso entsprechen würde wie den Interessen der Bergarbeiter."

**Der kommunistische Betriebsräte-„Kongreß".** Wie die „Rote Fahne" berichtet, hat der Reichsausschuß der kommunistischen Betriebsräte in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Reichsbetriebsrätekongreß endgültig auf den 23., 24. und 25. November nach Berlin einzuberufen.

### Aus dem Halleschen Gewerkschaftsleben.

**Deutscher Transportarbeiterverband und Verkehrsbund.**

In der am 31. Oktober im „Volkspark" stattgefundenen allgemeinen Vierteljahrs-Generalversammlung hielt Genossenschaftssekretär Mendorf einen Vortrag über „Zweck und Nutzen der Konsumgenossenschaften". In klarerkenntlicher Weise führte er den Versammelten vor Augen, wie notwendig die Erhaltung, der Ausbau und die Mitgliedschaft in den Konsumgenossenschaften sei.

Alsdann wurde der Geschäfts-, Kassen- und Revisionsbericht vom 3. Quartal gegeben. Aus dem Kassenbericht ging hervor, daß Einnahme und Ausgabe mit 650 420,75 Mk. balancierte. Ein Zuschuß von der Hauptkasse in Höhe von 90 845,70 Mk. war nur wenig, um alle laufenden Ausgaben zu decken.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung „Besetzung eines Ortsangestellten" beschloß die Versammlung auf Vorschlag der Ortsverwaltung gegen wenige Stimmen, den bisher zur Vertretung des Kollegen Pollmann in Halle weilenden Kollegen Schwabbach als nunmehr fest angestellt zu betrachten. Als Kandidat für die Wahl zum erweiterten Hauptvorstand wurde der Kollege Georges aufgestellt. Nun Schluß wurde das Verschlechterte Notstandsabkommen für die Mitglieder im Handels-, und Transportgewerbe bekanntgegeben und einstimmig angenommen.

**Die Halleschen Kater und „der Wille der Massen".**

Der Zentralverband der Maler und Lackierer, Filiale Halle, hielt am 31. Oktober bei Wiedemann eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Bezirksleiter, Kollege Voigt, gab den Bericht über die zentralen Lohnverhandlungen, dem nach kurzer Aussprache zugestimmt wurde. Nun Ueber die Beitragserhöhung entspann sich eine lebhafte Debatte, doch wurde auch hier eine Einigung erzielt. Nach Erledigung der beiden ersten Punkte kam der Versammlungsleiter, welcher sich als Kommunist bezeichnet, auf den Gedanken, die nächsten Punkte nicht mehr zu verhandeln, mit Ausnahme der Wahl eines Bezirksfahrers. Die Versammlung mußten bald inne werden, warum der Versammlungsleiter diesen Trick anwandte. Im Punkte Verschiedenes ging das Kartellmitglied, Kollege Edel, auf den Betriebsrätekongreß ein, um nach Moskauer Anweisungen mit Pfui und Schlaue die Versammelten hinters Licht zu führen, indem er ausführte, daß am 12. November in Berlin ein Betriebsrätekongreß tage unter Zustimmung des ADGB. und mit Robert Dißmann als Referenten. Nachdem der Bezirksleiter, Kollege Voigt, den Ausführungen Edels beigeteilt und dieselben auch von einem anderen Kartellmitgliede durch Verlesen eines Schreibens vom Kartell widerlegt wurden, gab Edel zu, daß es sich um einen Betriebsrätekonferenz am Sonntag, dem 12. November, für Halle handelte. Kollege Rauschenbach führte aus, daß in Anbetracht der vorgerückten Zeit es wohl kaum möglich wäre, über die Frage eingehend zu diskutieren; er kam jedoch mit seiner Ansicht nicht durch, so daß die Diskussion ihren Fortgang nahm. Trotzdem Kollege Voigt die Zweckmäßigkeit des „Kongresses" nachgewiesen hatte, wurde von dem Rest der Versammlung, der vielleicht aus etwa 40 bis 45 Mitgliedern bestand, zur Wahl eines Delegierten geschritten. Mit 25 Stimmen wurde der etwa 30 Stimmenberechtigten von einer Filial-Mitgliedschaft von 600 bis 700 Kollegen ein Delegierter gewählt. Das nennen die Kommunisten dann den Willen der Massen.

**Handwerkslehrer!** Am 1. November wurde ein Schiedsspruch gefällt, nach dem vom 15. bis 31. Oktober folgende Löhne festgesetzt wurden: unter 20 Jahren 60 Mk., von 20 bis 21 Jahren 74 Mk., von 21 bis 23 Jahren 81 Mk., über 23 Jahre 87 Mk. Verhandlungen über November-Löhne finden am Montag, dem 6. November, statt. Kollegen denen die Auszahlung verweigert wird, müssen uns dies sofort mitteilen. **Die Ortsverwaltung.**

## Aus aller Welt.

### Mit sechs Personen über den Großa'ckneck.

**Ein Rekord der deutschen Fliegerei.**

**Aus München** wird unterm 2. November gemeldet: Ein Junkers-Metallverkehrsflugzeug hat gestern trotz Sturmböen den Großglockner und Großvenediger mit der üblichen Besatzung von sechs Personen zum erstenmal überflogen. Die Leistung ist um so bemerkenswerter, da es sich um eins der in ständigem Dienste befindlichen Verkehrsflugzeuge handelt, die den Ententebestimmungen vollkommen entsprechen.

**Millionenerdrosselung bei der Eisenbahndirektion Kattowitz.** Ein aus Galizien stammender Hilfsarbeiter der polnischen Eisenbahnverwaltung in Morgenrot trieb, nachdem ihm von der Eisenbahndirektion in Kattowitz auf amtlichen Ausweis hin 34 Millionen polnische und 9 Millionen deutsche Mark ausgehändigt worden waren, nicht zurück. Erst nach 14 Tag. erstattete der Stationsvorsteher, da die Gelder für diese Station bestimmt waren, Anzeige. Die bisherigen Ermittelungen haben bisher noch keine Spur von dem flüchtigen Beamten [illegible]

**Ungetreue Eisenbahner.** Zwei Eisenbahner, die nach und nach 100 Waggons Steinkohle an Händler verschoben hatten, wurden gestern vor dem Aurichter Schwurgericht zu 2 und zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Halle und Saalkreis sowie für Gewerkschaftliches: Gottlieb Kaiparek; für den provinziellen Teil: Karl Garbe; für das Feuilleton: Hermann Lange; für den Anzeigenteil: Wilh Herzig. Druck und Verlag: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, G. m. b. H., Halle-S. Harz 42/44.

## Hildas Geheimnis.

79. Roman von Maria Linden.

Sie hätte gern die Freundschaft mit Hilda wieder aufgefrischt, aber obgleich sie Fräulein Waldert unausgesetzt lächelnd ansprach, blickte Hilda nicht ein einziges Mal zu ihr herüber. Sie bete still für das Glück ihrer jungen Schwester, die so froh wie ein Kind zur Christbescherung geht, in die Ehe trat. Erna war so jung, so unerfahren, so leichtgläubig. Hilda, welche die Nachtseiten des Lebens kannte, bangte um ihre Zukunft.

Obgleich die Engländerin kein hochgeistliches Gewand mit hatte, nahm sie doch an dem Hochzeitsessen teil. Sie hatte es nur abgelehnt, mit in die Kirche zu fahren. Kummervoll dachte sie an das schöne lila Seidenkleid, ein Geschenk von Lady Dolly aus der Zeit, in der diese Dame noch reich war. Wenn sie das nicht hätte um Standesehr tragen müssen, um die Miete begahlen zu können, dann hätte sie die meisten der anwesenden Damen durch den Glanz ihrer Toilette übertroffen. Als die Stimmung der Gäste sehr heiter wurde, hellte sich auch Mrs. Pimlikows düstere Stirn auf und sie war mit den Fröhlichen fröhlich.

Lady Glendower schickte der Braut einen Silberkasten, der Silbergeug für zwölf Personen enthielt. Dieses Geschenk wurde von allen Gästen angestaunt, man taxierte es auf seinen Wert und konnte die Freigebigkeit der Lady Glendower nicht fassen.

Frau Jankholz, die vergebens gehofft hatte, daß ihre Tochter Brautjungfer sein würde, rächte sich dadurch, daß sie zu einer Busenfreundin sagte:

„Wir haben die Gräfin nicht gesehen, und wenn ich was nicht sehe, dann glaube ich es auch nicht. Ueberhaupt sind die reichsten Leute allemal die geizigsten. Und dann: wenn die Gräfin so blind in Hilda tut, weshalb hat sie ihr dann niemals Urlaub gegeben. Das sieht doch jedes Kind, daß der Waldert bereits mit einem Fuß im Grabe steht, und da er eine Affenliebe zu seinen Kindern hat, hätte ihn doch nichts mehr gefreut, wie ein Besuch von seiner Aeltesten. Finden Sie übrigens, daß die Hilda solch ein Wunder von Schönheit ist, Frau Globig?"

Nun waren Frau Jankholz und Frau Globig zwar Busenfreundinnen, das heißt, sie hegelten gemeinschaftlich alle Hausbewohner durch, aber das hinderte keine der beiden Damen, der anderen gelegentlich einen kleinen Aerger zu bereiten. Frau Globig strickte langsam die Nadel ab, trakte sich dann mit der Nadel auf dem Kopfe und sagte sehr entschieden:

„Nu gewiß doch! Mein Mann hat gesagt, die Hilda ist so schön, daß sie sich für Geld sehen lassen könnte!"

„So?" rief Frau Jankholz giftig aus. „Ich hätte Ihrem Manne wirklich mehr Verstand zugetraut!"

„Weil er sich mit Scheuklappen vor den Augen rumläuft?" fragte Frau Globig spöttisch. „Uebrigens brauchen Sie ja bloß Herr Engländerin zu fragen, ob die Sache mit der Gräfin ihre Richtigkeit hat."

„Die wird mir natürlich die reine Wahrheit sagen," spottete Frau Jankholz.

Ohne zu ahnen, daß der Neid und die Verleumdung sie schon begeifertem, saß Hilda neben ihrem Verlobten an der Hochzeitstafel. Er flüsterte ihr leise zärtliche Worte zu und drückte unter dem Tisch verstohlen ihre Hand. Laden, Scherzreden und Neckereien flogen durch das Zimmer. Jeder war mit sich und seiner nächsten Umgebung beschäftigt, keiner achtete auf die ferner Sitzenden. Die Musik spielte, nach Hildas Geschmack zu laut, nach der Ansicht des in der entfernt liegenden Küche beschäftigten Personals zu leise. Niemand schaute sich um, als die Tür geöffnet wurde und einer der Kellner eintrat. Er überbrachte Hilda eine Depesche, die in London aufgegeben war und die folgendermaßen lautete:

„Gerald hat das Scharlachfieber. Sollten Sie es schon gehabt haben, so bitte, kommen Sie sofort. Er verlangt Tag und Nacht nach Ihnen. Wenn Sie aber das Scharlachfieber noch nicht gehabt haben, so sehen Sie sich nicht der Ansteckungsgefahr aus. Es tritt bei Gerald in seiner bösartigsten Form auf. Viele Grüße von uns. Lady Ellen Glendower."

Als Hilda die Depesche las, wurde sie weiß, wie das Tischtuch. Sie gab einem der Kellner Geld und bat ihn so freundlich, ihr ein Kursbuch zu besorgen, daß der Mann alles im Stich ließ und den Auftrag ausführte.

„Weshalb läßt du dir jetzt schon das Kursbuch holen, Schatz?" fragte Reinhold. „Du fährst ja erst in zwei Tagen."

Mit Tränen in den Augen reichte Hilda ihrem Verlobten das Telegramm. Er las es und sagte:

„Du hast ja meines Wissens das Scharlach nicht gehabt, also bleibt du selbstverständlich hier."

„Nein, Reinhold," sagte das schöne Mädchen leise, aber fest, „ich reise. Unser Zug geht um zehn Uhr vierzig Minuten. Wir haben noch drei Stunden Zeit. Meine kleinen Geschenke habe ich zum Glück eingekauft. Binnen einer halben Stunde ist Mrs. Pimlikow mit dem Packen fertig. Ich will sie nur von unserer bevorstehenden Abreise verständigen."

„Das wirst du mir nicht antun, Hilda, daß du dich in eine solche Gefahr begibst."

„Das sagst Du mir?" entgegnete Fräulein Waldert. „Kritik Du nicht furchtlos an jedes Krankenbett? Setzest Du Dich nicht mitunter an einem Tage hochfieber der Gefahr der Ansteckung aus. Und für wen tust Du das? Für Verbrecher, die Dir oft vollständig unbekannt sind. Wie könnte ich den lieben Kindern, der Erna an mein Herz, im Stich lassen? Wie könnte ich es übers Herz bringen, der Gräfin, die mich mit Güte überhäuft hat, jetzt in ihrer Seelenangst nicht zur Seite zu stehen? Ich müßte mich selbst verachten, wenn ich hier bliebe."

Ihre Augen leuchteten in einem strahlenden Glanz. Mrs. Pimlikow, die gesehen hatte, daß Hilde in dem Kursbuch blätterte, kam zu ihr und fragte:

„Es ist doch nichts passiert?"

In wenigen Worten unterrichtete Hilda sie von dem Vorgefallenen und die Engländerin sagte bewundernd: „Was sind Sie für ein nobler Mensch, Fräulein Waldert! Alle Achtung. Also um acht Uhr fange ich an, die Robe, die Sie tragen, kann hier zurückbleiben. Sie kommen einige Minuten vor zehn Uhr sich umkleiden und wir fahren dann gleich zur Bahn."

„So ist es am besten, Mrs. Pimlikow," stimmte Hilda zu.

„Wollen Sie nicht telegraphieren, daß wir kommen?" fragte die Engländerin. „Was für eine Freude werden sie haben, wenn die Depesche anlangt."

Wie mit einem Zauberschlage verstummte Lachen und Scherz.

„Was ist passiert? Was ist geschehen," fragte ein Gast den anderen. Frau Waldert rief ängstlich:

„Was hat's denn bloß, Hilda? Sag' mir nur einzig, was los ist!"

Hilda setzte nun den Anwesenden auseinander, weshalb sie heute noch abreisen müßte, und schloß mit den Worten:

„Liebe Mutter, Du bist eine so liebevolle, zärtliche Mutter. Du kannst Dich in Lady Glendowers Lage versetzen. Sie hat nur das einzige Kind und zittert jetzt um Geralds Leben. Wie wird es ihr das Herz zerreißen, wenn Gerald vergebens nach mir ruft? Welche Bitterkeit wird ihr Herz erfüllen, wenn Gerald sterben sollte und sein letzter Wunsch ist nicht erfüllt worden?"

Hilda hatte nicht umsonst an die mütterlichen Gefühle ihrer Mutter appelliert. Frau Waldert sagte:

„Du hast ganz recht, meine Tochter. Es trifft uns ja schwer, daß uns die zwei Tage noch abgeknappst werden, aber da es nicht anders ist, will ich nichts dawider sagen. Gehe nur das Telegramm auf und schicke es bald ab."

Vater Waldert nickte zustimmend. Seine Augen leuchteten in freudigem Stolz. Seine Hilda war doch ein Prachtmädel.

Die ganze Gesellschaft erörterte nun aufgeregt den Fall. Der neugebackene Ehemann erklärte:

„Es ist nur gut, daß es nicht die schwarzen Blattern sind, denn es wäre ein Jammer, wenn Hildas süßes Gesichtel von den Blattern zerrissen würde."

„Und ich tät' doch nicht gehen, wenn ich was hätte," erklärte die dicke Frau Marke, „denn ich hab mir sagen lassen, daß bei Scharlachfieber oft Diphtheritis hinzukommt, und daran sterben doch sehr viele Menschen. Die Gräfin scheint ja eine recht liebe Frau zu sein, aber deshalb braucht das Fräulein Hilda doch nicht gerade in den Tod zu gehen!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221103-18/fragment/page=0003

**Damen- Herren- Hüte** in größter Auswahl zu mäßigen Preisen **Herold & Schröder** Gr. Steinstraße 33, Gr. Ulrichstraße 10. 755

## Versammlungsanzeiger

# VSPD

**Halle u. Bezirk Merseburg**

Sekretariat Halle (Saale), Harz 42/44 Nummer 28 Fernruf 1021

### Halle.

Stadtverordneten der VSPD. Freitag abend 7 Uhr, im Parteibureau Harz 42/44 Nummer 28/24: Sitzung.

**Friedersdorf.** Freitag, den 3. November abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Stern": Oeffentliche Volks-Versammlung. Erwachsene, sorgt für guten Besuch.

**Friedersdorf.** Sonnabend den 4. Nov., abends 8 Uhr, im „Stern" Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Referat Meine Eindrücke in Sowjet-Rußland 2 Geschäftliches 3 Verschiedenes

**Hohenleipisch.** Nächsten Sonntag, nachmittags 4 Uhr, wird im Riekl noerichen lokal unsere Monatsversammlung abgehalten. Es ist Pflicht aller zu erscheinen. Tagesordnung wird alsbald bekanntgegeben.

**Liebenwerda.** Freitag, den 3 November abends 8½ Uhr, in der „Kaiserkrone": Monatsversammlung. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

**Mücheln.** Sonntag, den 5 Nov. abends 4½ Uhr, in der „Guten Quelle" Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

**Wittenberg.** Sonntag, den 5 November vorm. 10 Uhr im Volksgarten Oeffentliche Volksversammlung Reichstagsabgeordneter Genosse Gröbe spricht über das Thema: „Der Kampf gegen Volksnot und Wucherfortsetzung". Wir bitten die Parteigenossen recht zahlreich zu erscheinen.

## Vereinsanzeiger

### Halle.

**Die Naturfreunde.** Heute, Freitag, im Heim Weidenplan Zahlabend. Sonnabend abend 7 Uhr, im kleinen Volkspalast: Geselliger Abend. Kommt alle, der hat Instrumente und bringt gute Stimmung mit. — Beim Sonntagsfahrten näheres am Sonnabend. — Das Heim Laurentiusstraße ist am Sonntag von 5 Uhr nachmittags an geöffnet.

**Freier Sängerchor.** Freitag abend 8 Uhr, im Vereinslokal „Stadtpalasten" Uebungsstunde. Jeder Sänger muß an Anbetracht der wichtigen geplanten Veranstaltungen pünktlich erscheinen. Zuwachs von jungen lustigen Genossen erwarten. Der Vorstand

**ZOO ZOO**
**Heute Tanzabend (flotte Musik)**

**Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuiller-Verband**
Sonnabend, den 4 Nov. 1922, abends 8 Uhr, im Volkspark

## Versammlung

Tagesordnung:
I. Vortrag des Kollegen Busch Erfurt): Thema: **Teurung, Lohn und Verband.**
II. Abrechnung vom III. Quartal.
III. Erhöhung der Lokalbeiträge.
IV. Kartellbericht.
V. Verschiedenes.

756 **Die Ortsverwaltung.**

**Konsum- und Spargenossenschaft für Merseburg u. Umg., e. G. m. b. H.**

Sonntag, den 12. November 1922, nachm. 2 Uhr, in Merseburg im Restaurant „Funkenburg":

## Generalversammlung!

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1921/22. — Bericht des Aufsichtsrates. — Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
2. Beschlußfassung über die Ersparnisse.
3. Aenderung der §§ 10 und 33 des Statuts (Erhöhung des Geschäftsanteils und Eintrittsgeld betreffend).
4. Ersatzwahl für den Aufsichtsrat.
5. Erhöhung der Entschädigung für den Aufsichtsrat.
6. Anträge der Mitglieder nach § 14 des Statuts.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet

**Der Aufsichtsrat:**
W. Daniel, Vorsitzender.

Zur Teilnahme an der Versammlung sind nur Mitglieder berechtigt. Mitgliedsbuch legitimiert. 747

Bedeutende kapitalkräftige Lackfabrik sucht Interessengemeinschaft oder Beteiligung an gut eingerichteter 748

## Farben-Fabrik

evtl. auch Kauf einer ausdehnungsfähigen Anlage. — Angebote unter Nr. **100** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

**Stadttheater.**
Sonnabend, den 4 Nov., Anf. 7½, Ende 10½ Uhr:
**Polenblut**
Operette v. Oscar Nedbal
Sonntag **Die Bohème.**

**Modernes Theater**
November.
Ein Großstadt-Spezialität.-Programm
10 ausserles. Kunstkräfte.

**Damen-** Akten- und Briefmappen usw. fertigt preiswert an
**M. Oehler**
Sagisdorfer Straße 8

**Schülermützen**
für alle Schulen kaufen Sie gut und preiswert
**J. Kaliga,**
Gr. Klausstraße 35.

**Dauerwäsche**
Kragen-Weiten 33-48
Vorsteck., Manschetten
**G. Liebermann**
Geiststrasse 42.

Kaufe
**Platin- Gold- Silber- Doublé-**
Waren! Uhren!
Alte Münzen
nach Karatkurs.
Alte Wecker.
**E. Lossier**
Uhren und Goldwaren
Reparatur-Werkstatt
Glauchaer Str. 75 II.

**Kaufe**
Lumpen, Altetten, Bücher, Zeitungen, Papierabfälle zu Tagespreisen!
**Adolf Beer,**
Kutschgasse 2. Fernruf 2276.

**Kaufe** unterhell. Damen- und Herrengarder., Wäsche, Leinscheine, Teppiche zu angenehmen Preisen.
**Hirsch,** Brüderstraße 3.

W. Metallbettstell. kompl. v. 9000 Mk. an. Mittelstr 5a

**Die kluge Hausfrau** kauft nur
**Original-Topf-dicht**
761 Nachahmungen weise man zurück
Alleinvertreter: W. Dergrade. Halle, Taubenstr. 8

**Trotz der enormen Preissteigerungen**
geben wir unseren weiten Kundschaft noch weit unter heutigen Einkaufspreisen ab

| | |
|---|---|
| Pa. Fabrikhandtücher gestaumt 1 Meter lang | 120 |
| Kinder-Kamelhaarschuhe Nur kl. Reste 26/28 325,— Größe 22/25 | 300 |
| Pa. Winter-Joppen von 9000,- bis | 1875 |
| Feldgraue Litewken auch für Bureau geeignet | 3200 |
| Pa. große Schlafdecken | 1400 |

Nur erstkl. Herren-Unterwäsche in allen Preislagen.
Textil-Handelsgesellschaft
vorm. **W. REINKE**
Leipziger Str. 551., am Riebeckplatz
Wiederverkäufer Rabatt.

**Druckaufträge**
jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber
**Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei**
e. G. m. b. H. • Fernruf 3605 • Harz 42/44

# Mord.s-
## hohe Preise
**suchen u. finden Sie ständig bei uns!**

Wir zahlen für:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Lumpen m. Sackzeug u. Scheuertüch. | kg | 36,00 | Ofen- u. Rohrguß | kg | 30,00 |
| Bücher u. Zeitungen (geb.) | kg | 46,00 | Maschinenguß | kg | 48,00 |
| Altpapier | kg | 32,00 | Kupfer | kg | 750,00 |
| Knochen | kg | 26,00 | Messing | kg | 360,00 |
| Schmiedeeisen (kurz und bleichfrei) | kg | 30,00 | Blei und Zink | kg | 240,00 |
| | | | Zinn | kg | 800,00 |

Preise verstehen sich frei unserem Lager oder Filialen. Beim Verkauf von Metallen ist ständig Ausw. mitzubringen. Händler und Industrie wollen Eilofferten einholen.

## Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H
**Nur Triftstraße 24** Augustastr. 17. Hof | **Große Brunnenstr. 61** Liebenauer Str. 166 (Ecke Wolfstr.)
Tel. 5659 **Breitestraße 34** Tel 4363
Tüchtige Platzvertreter für Stadt und Land gesucht.

## Zum Gedächtnis an die Revolution
im November 1918

erscheint die Nummer 946 des „Wahren Jacob" zum 9. November als festliche

## Gedenkschrift der Revolution.

Die Nummer ist textlich und zeichnerisch besonders ausgestaltet, und heben wir aus dem reichen Inhalt hervor:

Der 9. November in Doorn :: Wilhelms Novemberepistel :: Zwei Jubiläen :: Europa. Von Max Barthel Dem Dichter der Weber :: Eine Hauptmann-Ehrung :: 1848—1918 :: November. Von Ernst Preczang :: Der Umsturz aus der Frosch perspektive. Von Nikolaus Klotzbuber :: Denk an den 9. November :: Der Befehl an die Sonne :: Wilhelms Rechsolger :: Alle Neune am 9. November :: Der Monarchist :: Hobelspäne usw.

Diese Gedenknummer des „Wahren Jacob" kostet 15 Mk. und bietet unseren Zeitungsträgern und Ortsvereinsvorständen günstige Propaganda für die einzige bedeutende illustrierte, satyrische, sozialistische Unterhaltungszeitschrift.

Bestellungen müssen baldigst gesammelt werden und spätestens am 30. Oktober unserer Buchhandlung, Große Ulrichstraße 27, vorliegen.

**Verlag Volksblatt G. m. b. H.**

**Denken Sie daran**
bei dem Bedarfe an 746
**Bettwäsche**
wie billig wir sind!
Deckbettbezüge 1400,- 1950,- 2025,-
— nur in guten Stoffen —
Kopfkissen 330,- 360,- 485,- usw
Bettlaken 700,- 850,- 1350,- usw
Wäschestoffe 245,- 295,- 335,- usw
Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur späteren Abholung
**Berliner Bettwäschefabriken**
Verkaufsstelle Halle. Ludwig-Wucherer-Str. 28.

**Zahle heute höhere Preise!**
**Gold- Silber- Platin- Bruch**
kauft ständig
**Hauffe,** Brüderstr. 9a (am Markt),
Edelmetallhandlung. Ruf 9057.

**Küchen**
Patent-Auflege-Matratzen billig noch vorrätig.
**Möbelhaus Kurt Hoffmann**
37 Ludw.-Wuch.-Str 37

**Parteifreunde**
kauft an Bahnhoten, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets das
**„Volksblatt".**

Gut erhalten. **Ulster, Paletots, Militär-Mäntel** (Uhlan.), neuer Anzug preiswert zu verk. Hammer, Rathausstr. 17. H. I.

**Beachtet unsere Inserenten**

**Ata**
Bestes Putz- u. Scheuermittel
Unentbehrlich in Haus, Werkstatt, Fabrik.
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

**Winterhemden, Einsatzhemden, Strickwesten, Derbe Socken, Schals, Krawatten**
besonders preiswert im
**Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2** Eine Treppe. Eing Sternstr.

**Edelmetalle**
in Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brennstifte, Gebisse
Ueberbiete jeden inserierten Preis!
**Sparmann,** Uhrmacher
Große Steinstraße 47. 681

Telephon 1577 Telephon 1577
**Rohstoff-Verwertungs-Gesellschaft**
m. b. H.
**Domplatz 9**
zahlt die höchsten Tagespreise für
Lumpen
Papierabfälle
Bücher
Zeitungen
Knochen
Wein- und Sektflaschen
Felle
Alteisen und Metalle. 751

**Schaftstiefel u. Schnürschuhe Pantoffel, Holzschuhe** neue und getragene verkauft zu billigen Preisen 761
**I. Sternlicht, Alter Markt 11.**

## Amtliche Bekanntmachungen

### Halle

Tagesordnung
für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 6. November 1922, nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

1. Ersatzwahl für die Theaterdeputation. — 2. Ordnung fest. Besitzerung des Heidebergvertrages. — 3. Baustellenverkauf an der Kleistsiedlung. — 4 Baustellenverkauf an der Weiteestraße. — 5. Aenderung des Straßenbaumplans. — 6 Erhöhung der Preise für Theaterplätze. — 7 Aenderung der Beitragsordnung. — 8. Insteinbringung des Flügels in der Luisenschule. — 9. Mittelbewilligung für Koch- und Zeichenkurse. — 10. Erhöhung der krankenhaustransporte usw. — 11. Erhöhung der Betriebsmittel für das Stadtmagistrat. — 12 Zusätzliche Bauzuschüsse und Bauzuschüsse. — 13./18. Erhöhung von Zuschüssen und Beihilfen. — 19. Verwendung von Stiftungsmitteln. — 20./23. Gesuche und Anträge.

Halle, den 3. November 1922.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
759 Keil.

### Saalkreis

**Freiwillige Feuerwehr in Lettin.**

Nachdem die Satzungen der in Lettin gebildeten freiwilligen Feuerwehr meine Genehmigung erhalten haben, auch die Ausbildung der Wehr erfolgt ist, werde ich gemäß § 15 der Feuerlöschordnung für das platte Land der Provinz Sachsen vom 28 Juni 1906 (Reg.-Amtsblatt 1906 S. 249) die Bestimmungen der §§ 6 bis 13 dieser Feuerlöschordnung für die Landgemeinde Lettin hiermit ausdrücklich außer Kraft.

Halle, den 28. Oktober 1922.

Der Landrat des Saalkreises.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221103-18/fragment/page=0004

# Halle und Saalkreis.

Halle, den 3. November 1922.

## Die Millionen-Geißel.

**12 Millionen Mark Zuschuß für das Stadttheater. — Die Angleichung der Beamtengehälter erfordert 108 Millionen Mark. — Straßenbahn-Einheitspreis von 15 Mark. — Schaffung von Wärm- und Lesehallen.**

### Aus dem Hauptausschuß.

Zunächst wurde dem Marthahaus die bisher gewährte Beihilfe von 1000 Mk. auf 3500 erhöht. Infolge Neuregelung der Bezüge der Theaterangestellten sind bis 31. März 1923 Mehraufwendungen von 4 604 600 Mk. erforderlich, von denen 2 Millionen Mark nicht durch Eintrittspreise gedeckt werden können und auf den allgemeinen Haushalt übernommen werden müssen. Der städtische Zuschuß zum Theater erhöht sich dadurch auf etwa 12 Millionen Mark.

Die Petition der Kinobesitzer um Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer wurde zurückgestellt, da der Magistrat erklärte, daß seinerseits Vorberatungen stattfänden und er in aller Kürze Stellung nehmen werde. — Der für die Volkshochschule gezahlte städtische Zuschuß von 100 000 Mk. wird auf 120 000 Mk. erhöht.

Die Neuregelung der Bezüge der städtischen Beamten und Angestellten erfordert neue Mittel in Höhe von 180 Millionen Mark, wobei 11 Millionen auf die Betriebsverwaltungen entfallen und von ihnen übernommen werden. Der Rest von rund 97 Millionen Mark wird zu 60 Prozent vom Reich getragen, so daß etwa 44 Millionen Mark auf der Stadtgemeinde hängen bleiben. Deckung ist vorläufig nicht da. Sie soll erst dann erfolgen, wenn sich das Aufkommen aus den Realsteuern übersehen läßt. Der Ausschuß stimmte zu und hatte gegen sofortige Zahlung keine Bedenken.

Die Zuständigkeiten in der Zahlung der Baukostenzuschüsse sollen infolge der Geldentwertung erheblich erweitert werden. Künftig sollen zuständig sein: für Bewilligungen bis 25 000 Mk. das Wohnungsamt nach Anweisung des Dezernenten; über 25 000 bis 100 000 Mk die Unterkommission der Wohnungskommission und der Magistrat; über 100 000 Mk. die Stadtverordnetenversammlung. — Die Gebühren für Benutzung des Krankentransportwagens betragen künftig für Einheimische 500 Mk., für Fremde 600 Mk. Von einer Ermäßigung für die Krankenkassen wurde abgesehen, weil die beschlossenen Sätze die Selbstkosten noch nicht decken. — Die im Etat vorgesehenen Mittel von 5800 Mk. für Kurse im Kochen und Flicken für junge Dienstmädchen und Arbeiterinnen sind verbraucht. Die Kurse haben sich ausgezeichnet bewährt und sollen weiter fortgesetzt werden, wofür 28 000 Mk. erforderlich sind. Sie werden bewilligt. — Die Wiederherstellung eines der Luisenschule geschenkten Flügels erfordert 25 000 Mk., die aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds bewilligt werden.

Die Vorlage des Magistrats über

**die Straßenbahn**

bot wieder einmal eine stundenlange Debatte aus. Linienführung, Einschränkung des Betriebs, Einmannwagen, Tarifzonen usw. gaben reichlich Anlaß zur Kritik. Ob der Bahn überhaupt noch geholfen werden kann, hängt wesentlich auch von der Einsicht des Publikums ab. Von der Linken wurde lebhaft darüber geklagt, daß man bei den Entlassungen der Arbeiter sich nicht in allen Fällen mit dem Betriebsrat ins Benehmen gesetzt habe. Das wurde vom Magistratsdezernenten bestritten. Er habe angeordnet, daß das geschehe. Weiter wurde bemängelt, daß 20 Kontrolleure aus dem Arbeiter- und Angestelltenverhältnis überführt seien — angesichts der weitgehenden Betriebseinschränkungen eine eigenartige Maßnahme. Auch die vorgeschlagenen Tarife fanden nicht den Beifall des Ausschusses. An Stelle des schon veröffentlichten wurde ein

**Einheitstarif von 15 Mk.**

beschlossen. Die Ermäßigung in gewissen Vor- und Nachmittagsstunden wurde fallengelassen, weil man sich davon keinen Erfolg versprach. Ob sich der Einheitstarif bewährt, wird sich zeigen. Wenn nicht, kann er bei der nächsten Vorlage, die ja tödlicher bald kommen wird, wieder geändert werden.

Zuletzt wurde über die Denkschrift des Magistrats wegen des von den Stadtverordneten angenommenen kommunistischen Kreditantrags verhandelt. Der Magistrat legt in ihr dar, was in der Richtung, die der Antrag angibt, hier schon geschehen sei. Die Erfahrungen anderer Städte ermutigten kaum, weiterzugehen. Zudem sei für die Städte kaum noch oder gar nicht mehr Kredit zu bekommen. Die Denkschrift wurde zur Kenntnis genommen, nachdem noch einem Antrag des Referenten, Wärm- und Lesehallen zu schaffen, zugestimmt worden war.

---

* **Ausfall des Schulunterrichts am Reformationstage.** Dazu schreibt man uns aus Elternkreisen: Am Dienstag, dem 31. Oft. fiel in einigen hiesigen städtischen Schulen (Volks- und höheren Schulen) der Unterricht in allen Klassen aus: die Oberklassen wurden in die Kirchen geführt, wo ihnen die Pastoren einen Vortrag hielten über Luthers Leben und Wirken. Das Pastoren- und Priestergezänk vor mehr als 400 Jahren interessiert in den meisten Fällen die Arbeiterkinder nicht im geringsten. Wo anzunehmen ist, daß bei strengem Winter bei der enormen Teuerung der Kohle Kälteferien unvermeidlich sein werden, wäre es wohl klüger und nützlicher gewesen, auf Vorträge über den alten Dogmenstreit der Kirche zu verzichten und die Schüler lieber im Rechnen und im Deutschen zu üben; denn das selbständige Wissen in diesen so dringend nötigen Stoffen stellt sich nach der Entlassung bei diesen Schülern oft als recht minimal heraus. Wenn wirklich ein Bedürfnis vorgelegen hätte, Luthers zu gedenken, hätte dazu nicht ein Hinweis in der ersten Unterrichtsstunde der Oberstufe genügt? Warum hatte die Mittel- und Unterstufe schulfrei? Warum ist man am 1. Mai und am 9. November, wo es 80 Proz. aller Eltern wünschten, nicht so eifertig mit dem Ausfall des Unterrichts? Wie wir hören, betrifft der Unterrichtsausfall meist solche Schulen, deren Leiter zur Kirche in einem Nahverhältnis stehen. Hat Herr Stadtschulrat Dr. Truschel eine generelle Anweisung erteilt oder nicht? Vielleicht besprechen die Elternbeiräte diese Angelegenheit mit dem Lehrkörper! Auch wäre eine Aussprache in der Schuldeputation von Nutzen. K. L.

* **Arbeitgebererzählung in Halle.** Die Durchführung der Erhebung über die Arbeitgeber mit mindestens 10 Arbeitnehmern, über die wir bereits berichtet haben, findet nach dem Stande vom 1. November 1922 in der Woche vom 6 bis 11 November statt.

* **Tätigkeit der Feuerwehr im Monat Oktober.** Im Oktober wurde die Feuerwehr 268mal alarmiert, davon 258mal zur Beförderung von Kranken und Verunglückten mittels Krankenwagens. Von den übrigen Alarmen erwiesen sich 1 als Großfeuer, 1 als Mittelfeuer, 6 als Kleinfeuer, 1 als blinder Lärm und 7 als Hilfeleistungen durch Beseitigung von Verkehrshindernissen.

* **Erweiterung des Bahnhofs.** Die Reichsbahndirektion beabsichtigt eine Erweiterung der hiesigen Bahnhofsanlagen nach Osten. Einwendungen gegen den Plan, der vom 4. bis einschließlich 10. November während der Dienststunden im Polizeiverwaltungsgebäude, Dreihauptstraße 4, Zimmer 101, ausliegt, können während dieser Zeit von den Beteiligten im Umfange ihres Interesses bei der Polizeiverwaltung schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden.

* **Wer sind die Verlierer?** In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Oktober sind Gegenstände aller Art als gefunden bei der Polizeiverwaltung abgegeben oder angemeldet worden. Die unbekannten Eigentümer der Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbureau, Dreihauptstraße 4, Zimmer 100, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

* **Mord!** Am 27. Oktober, früh 8 Uhr, ist im Gebäude der Chemischen Fabrik in Burgörner bei Hettstedt der Schmied August Niese von einem bisher unbekannten Mann erschossen und der Schwager Nieses, der Arbeiter Willi Schwabe, durch zwei Schüsse (Arm und Brust) schwer verwundet worden. Der mutmaßliche Täter soll etwa 1,70 bis 1,75 Meter groß sein, blasses Gesicht mit vorstehenden Backenknochen und dunklem Bart haben. Er führte ein Fahrrad in der Hand. Die zur Tat benutzte Waffe hatte Kaliber 7,65 Millimeter. Zur Ermittelung des Täters hat der Herr Regierungspräsident in Merseburg eine Belohnung von 20 000 Mk. und die Leitung der Chemischen Fabrik Burgörner bei Hettstedt eine solche in gleicher Höhe ausgesetzt, insgesamt also 40 000 Mk. Nachricht zu den Akten 7 J. 1980/22 erbeten an die Staatsanwaltschaft, hier.

### Versammlungen und Veranstaltungen.

* **Arbeiter-Bildungsausschuß.** Die Aufführung der Oper „Lohengrin" im Stadttheater am Sonntag, dem 5. November, beginnt bereits nachmittags 1¾ Uhr. Wir bitten um pünktliches Erscheinen, da Zuspätkommende erst nach Schluß des 1. Aufzuges hereingelassen werden. Die Karten zu den besseren Plätzen sind vollständig ausverkauft. Es sind nur noch Karten für den Oberrang und die hinteren Reihen des 2. Ranges zu haben.

* **Betriebsräte** und **Obleute der Industriegruppe 2 (Baugewerbe).** Montag, den 6. November, abends 7 Uhr: Vollversammlung in der Produktivgenossenschaft, Merseburgerstr. 34. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Bezirks-Betriebsrätekonferenz. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung müssen alle im Baugewerbe tätigen Betriebsräte, Obleute und Baudelegierten erscheinen.

* **Betriebsräte und Obleute der Gruppe 10 (Lederindustrie).** Montag, den 6 November, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Restaurationszimmer): Vollversammlung. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Bezirks-Betriebsrätekonferenz. Verschiedenes.

* **Betriebsräte und Obleute der Industriegruppe 6 (graphisches Gewerbe).** Montag, den 6. November, abends pünktlich 7 Uhr: Vollversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Bezirks-Betriebsrätekonferenz. Verschiedenes.

**Sozial-, Unfall-, Witwen- und Waisenrentner.** Unsere Generalversammlung findet am Sonntag, dem 5. November, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark" statt. Vorstand und Kassierer eine Stunde früher.

---

# Vereint und gerüstet zum Kampf.

## Die Einigungsversammlung der Hallischen USPD.

### Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!

Nachdem die Ortsgruppen der beiden bisherigen sozialistischen Parteien in besonderen Mitgliederversammlungen das Schlußzeichen unter ein Kapitel Parteigeschichte gesetzt hatten, vollzog sich am gestrigen Abend in einer überaus stark besuchten gemeinsamen Mitgliederversammlung die Vereinigung zu neuem, gemeinsamem Kampf. Fünf Jahre, reich an Kämpfen, Enttäuschungen und Entbehrungen, Jahre der schwierigsten Verwicklungen liegen nunmehr hinter uns! Fünf Jahre verlustreicher und doch so opferstolzer Offensive gegen die übermächtig starken Verhältnisse, deren Widerstand, wenn auch nicht gebrochen, so doch geschwächt werden konnte. Die drei Parteitage haben die offene Wunde am Körper des deutschen sozialistischen Proletariats zugenäht. Der Prozeß der Heilung kann nun beginnen! Wir, die wir diesen Augenblick erlebten, sahen die mühevollen Vorbereitungen, sahen die Stiche und die Naht, und manchem von uns dünkt der Augenblick klein und nichtig. Aber erst spätere Geschlechter werden diese Einigungstagungen als entscheidende Momente werten. Historisch betrachtet, gewinnt die Einigung an ungeheurer Tragweite.

In der Geschichte der Hallischen Arbeiterbewegung wird zweifellos der 2. November 1922, der Tag, an dem sich die sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft wieder die Hände zum gemeinsamen, entschlossenen Kampfe reichte, ein Ehrentag sein. Der starke Besuch der Versammlung, die den unteren Saal unseres stolzen Heims in der Burgstraße füllte, eröffnet die Hoffnung, daß die sozialistische Bewegung bald wieder ausschlaggebender politischer Machtfaktor sein wird. Mit diesen sachlichen, aber doch so außerordentlich treffenden Worten begrüßte unser Genosse Schnarchendorff, der bisherige Vorsitzende der USPD., die in stattlicher Zahl Erschienenen, unter denen man auch sie wiedersah, die vielen alten Kämpen, die, durch den Bruderzwist veranlaßt, sich beiseitegestellt hatten, und nun wieder mit dabei sein wollen, wenn es gilt, den Fuß auf den neuen Pfad zu setzen. Vergessen all die unliebsamen Dinge der letzten fünf Jahre! „Und das ist das Herrliche, Große auf der Welt", so klang es auch aus den erprobten Kehlen der Freien Sänger, die den wundervollen Abend mit einem begeisternden Kampfgesang eröffneten.

In seinem einleitenden Vortrag über die Vereinigung der sozialistischen Parteien und die politische Lage, dem die Versammelten mit verständlichem Interesse folgten, würdigte Parteisekretär Genosse Petersdorff die hohe Bedeutung des Nürnberger Einigungswerkes. Zwei gewaltige Heerhaufen der Hand- und Kopfarbeiter stießen an jenem denkwürdigen Tage in Nürnberg zueinander, um zu geloben, daß man sich nicht mehr zur Freude der Gegner gegenseitig zerfleischen, sondern nunmehr gemeinsam kämpfen wolle. Genosse Petersdorff hielt dann eine Rückschau auf die Zeit seit Gotha, das Sozialistengesetz mit seinen schändlichen Bedrückungen, die Kriegs- und Nachkriegszeit, um dann die augenblickliche politische und wirtschaftliche Lage in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen. Wir stehen in einer überaus kritischen Situation, das schaffende Volk durchlebt die fürchterlichste Zeit. Die Hände dürfen nun nicht mehr müßig in den Schoß gelegt werden. Große Arbeit muß geleistet werden, wie auch die Kleinarbeit alle Kräfte anspannen wird. Bitter notwendig ist es, dem „Volksblatt", dem sichtbaren Zeichen der Einigung, alle Kräfte zu weihen. Das organisatorische Gefüge muß wieder so fest ausgebaut werden, daß der Gegner schon davor Respekt haben muß. Aufraffen zur Tat! Keiner darf es bei schönen Worten bewenden lassen! Der Bruderkampf ist vorüber, heraus nun zur Mitarbeit! Vereinigen wir uns zu dem großen Ziel, dem Sozialismus den Weg zu bereiten! Ans Werk! Unser die Welt, trotz alledem! (Beifall.)

Genossin Röpert würdigte vom Standpunkte der Frau die Wiedervereinigung, die sie auf das wärmste begrüßte. Sie gab ihrer Freude Ausdruck, daß nunmehr wieder die erforderlichen Kräfte wohl gemacht werden können, um die politische Aufklärung der Frau mit allem Nachdruck betreiben zu können. Die Frau ist heute das hemmende Element des Fortschreitens; durch die Wiedervereinigung wird hoffentlich das bald eingeholt, was während der Spaltungszeit versäumt worden ist.

Genosse Görsch wies mit begeisternden Worten auf den Wert der Schulung unseres jungen Nachwuchses hin. Der Speer, der zerbrochen war, ist nun wieder zusammengeschweißt. Jetzt gelte es, diejenigen heranzubilden, die den Speer weiterführen, wenn er unseren müden Händen entgleiten sollte. Heran mit der arbeitenden Jugend in die Organisationen des Jungproletariats! Heran zur Jugendbewegung!

Genosse Gräfe: „Partei und Gewerkschaften sind eins!" Jetzt nach der endlichen Vereinigung ist es notwendig, daß die Bedeutung dieses gewaltigen Werkes wieder in den Vordergrund gerückt wird. Der Redner kennzeichnete das terroristische Vorgehen der kommunistischen Zerstörer innerhalb der Gewerkschaften, die mit allerlei Phrasen und schönen und häßlichen Redensarten Verwirrung in den Reihen der Gewerkschaften schaffen. Er richtete an alle Funktionäre in den Gewerkschaften die eindringliche Mahnung, wieder wie einst zu werben und zu wirken für die Partei und ihr Presse, denn heute sind mehr denn je Partei und Gewerkschaften eins.

Genosse Witters warb in kurzen Worten für den „Freien Sängerchor", der aus kleinen Anfängen sich zu beachtlicher Stärke entwickelt habe. Sein Wirken bedeute ein Stück Bildungsarbeit.

Genosse Albanus trat für Unterstützung der jungsozialistischen Bewegung ein, die es sich zur Pflicht gemacht habe, der Partei die Führer heranbilden zu helfen.

Begeisterten Widerhall fanden die jugendfrischen, anfeuernden Worte des Genossen Kurt Franke, der zu denen gehört, die ohne Besinnen den Weg von der Kommunistischen Partei zur Vereinigten Sozialdemokratie zurückgefunden haben und entschlossen sind, in der neuen Massenpartei mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu arbeiten. Wie das am praktischsten zu machen sei, zeigte der Redner an einigen Beispielen. Ohne Rücksicht auf den Terror der Kommunisten müsse das Schwergewicht der Agitation wieder in die Betriebe gelegt werden. Die eineinhalb Millionen vereinigte Sozialisten müssen eineinhalb Millionen entschlossene Kämpfer sein. (Lebhafter Beifall.)

In einigen vorangegangenen Besprechungen hatten sich die Funktionäre der beiden bisherigen Parteien auf einen gemeinsamen Vorschlag zur Besetzung des neuen Ortsvereinsvorstandes geeinigt. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen und somit in den Vorstand gewählt die Genossen Karl Reiwand (1. Vorsitzender), Robert Heine (2. Vorsitzender), Georg Petersdorff (1. Kassierer), Emil Wahnes (2. Kassierer), Alb. Stöbel (1. Schriftführer), Frl. Becker (2. Schriftführer), Müller, Schnarchendorff und Frau Undeutsch als Beisitzer.

In die Preßkommission wurden die Genossen Abendroth, Janicke, Milke, Deininger, Koch, Studt und Oelschläger gewählt.

Der Vorsitzende, Genosse Reiwand, faßte den Inhalt der Aufrufe kurz zusammen, bat um Behergigung des Gesagten und machte einige geschäftliche Mitteilungen. Am 9. November wird die Partei eine würdige Feier veranstalten, am 19. November tagt die Unterbezirkskonferenz, auf welcher der heute ernannte vorläufige Vorstand endgültig gewählt werden soll. In der Werbewoche vom 19. bis 26. November soll alles daransetzt werden, um dem „Volksblatt" neue Leser und neue Parteimitglieder zu werben. Mit einer kurzen, anfeuernden Ansprache und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die geeinte Partei schloß der Vorsitzende die imposant verlaufene Versammlung.

•

**Und nun den Fuß auf den neuen Weg! Mit einer bestimmten Festigkeit, mit der Entschlossenheit, wie sie nur die Ueberzeugung zu geben vermag, wollen wir diesen Weg gehen. Keiner darf sich beiseite stellen! Alle Kräfte angespannt! Dann wird die Verschmelzung der deutschen Arbeiterschaft zum Vorteil gereichen, dann rückt unser Lebensziel näher. Vorwärts auf dem Wege zum Sozialismus. Stellen wir uns ein in das neue Wirken, das sich aus dem Zusammenschluß der Kräfte ergibt.**

**Nach üblen Jahren erklangen die mächtigen Akkorde des Sozialistenmarsches wieder durch unseren „Volkspark". „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!" sangen die Alten in Gemeinschaft mit dem Nachwuchs der Partei. Ja, schließt die Reihen, damit die Verheißung des alten Kampfliedes Wahrheit werde:**

**Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!**

---

# Aus der Jugendbewegung.

## Einigung der sozialistischen Jugend.

Am Sonntag, dem 29. Oktober, tagte im „Zoo" zu Leipzig die 5. Reichskonferenz der SPJ. Zur gleichen Zeit waren im „Volkshaus" die Vertreter des Reichsausschusses der AJ. zusammengekommen. Beide Sitzungen befaßten sich eingehend mit der Einigung der sozialistischen Jugend. Auf der Reichskonferenz der SPJ. gab das Resultat der Einigungsverhandlungen Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen, wobei fast bezweifelt werden konnte, ob eine Majorität für den Einigungsantrag vorhanden war. Leider kamen schon Jugendgenossen mit dem festen Willen zur Konferenz, die Einigung unter keinen Umständen mitzumachen. Ja, ein „Aktions-Ausschuß der Opposition" verbreitete sogar dementsprechende Handzettel. Die Einigungsgegner schleiften alle möglichen und unmöglichen Argumente herbei, um zu beweisen, daß der Zusammenschluß verräterisch, zumindestens aber unsinnig sei. So führte man den „Wahren Jakob" von 1914 ins Feld und vergaß, daß zwischen jener Zeit und dem Heute ein 4½jähriger Krieg und eine politische Umwälzung liegt. Schließlich siegte doch die Vernunft und man beschloß mit über Vierfünftel-Mehrheit, der Einigung zuzustimmen. Selbst der große Teil der Opposition erklärte, sich dem Majoritätsbeschluß zu fügen, so daß zuletzt nur noch 6 Delegierte die Einigung verneinten. (Parteipolitisch gehören sie der Ledebour-Gruppe an.) In den Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend wurden als Vertreter der früheren SPJ. Gen. Schröder als 2. Vorsitzender und als sonstige Mitglieder die Gen. Hübler und Fuchs gewählt. In die Preßkommission wählte man den Genossen Mendelsohn.

Um ½5 Uhr begann dann die Einigungskonferenz. Die Gen. Schröder und Westphal wurden zu Versammlungsleitern gewählt. Nach der Bestätigung des neuen Vorstandes, der Preßkommission und des Reichsausschusses wurden verschiedene Begrüßungsansprachen gehalten. Von der Wiener Arbeitgemeinschaft sprach der Gen. Ochsa, von der Arbeiterjugend-Internationale der Gen. Ollenhauer. Im Auftrage des Parteivorstandes der MSPD. übermittelte der Gen. Ludwig Grüße. Einstimmige Annahme fand der vorgelegte Programmentwurf der geeinten Jugendorganisation. Nach einem Schlußwort des Gen. Westphal brachte die Konferenz ein Hoch auf den internationalen Sozialismus aus. Unter Absingen der Internationale wurde die Konferenz geschlossen. Die Sozialistische Arbeiterjugend hat nun freie Bahn zum Wirken im Interesse der gesamten proletarischen Jugend.

---

### Wetter-Voransage.

**Sonnabend, den 4. November:** Ziemlich heiteres, trockenes, etwas kälteres Wetter. Nachher wieder trübe, windig, etwas wärmer, Regen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192211 03-18/fragment/page=0005

# 35. Landtag der Provinz Sachsen.

le. Merseburg, 1. November.

Nach Verlesung geschäftlicher Mitteilungen gelangte zur Verhandlung die

**Denkschrift über die Organisation der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.**

Berichterstatter Abg. Henke (Soz.): Bei aller Anerkennung für die Leistungen der Fürsorgestellen darf die Tatsache nicht verschwiegen werden, daß die Entwicklung der Aufgaben und die Menge der zur Versorgenden gewisse Mißstände in der Organisation mit sich gebracht haben. Vor allem ist die Verwaltung zu teuer. Die bloßen Verwaltungskosten für die Hauptfürsorgestelle Merseburg sind für das Vierteljahr April/Juni mit 750 564 Mk. angegeben. Die Ziffer ist noch viel zu niedrig, da die Hauptfürsorgestelle 64 Beamte und Angestellte beschäftigt. Auch die Fürsorgestellen beanspruchen einen zu hohen Prozentsatz der Gesamtmittel für reine Verwaltungsausgaben. Die geschaffenen Kinderheime scheinen sich nicht recht bewährt zu haben, eins ist bereits eingegangen. Die lokalen Fürsorgestellen sollten ausgebaut und dafür die Hauptfürsorgestellen abgebaut werden. Weiter dringt noch weiteres Material zur Umgestaltung des Fürsorgewesens bei und beantragt die Wahl eines siebengliedrigen Ausschusses zur Prüfung der Zustände bei der Hauptfürsorgestelle und späteren Berichterstattung.

Abg. Thiele (Soz.): Die Umgestaltung darf sich nicht auf die Hauptfürsorgestellen beschränken. Wenn einzelne Fürsorgestellen 70 bis 80 Prozent ihres Fürsorgeaufwandes für Verwaltungsausgaben verbrauchen, so muß der Apparat fehlerhaft konstruiert sein. Und das ist der Fall. Beispielsweise werden die gleichen Personalbogen geführt an der Hauptfürsorgestelle, den Fürsorgestellen, dem Hauptversorgungsamt, den Versorgungsämtern und zwecks Rentenzahlung bei der Post. Die bureaukratische Schwerfälligkeit bringt monatelange Verschleppung der Anlegen mit sich. Es muß auf Vereinfachung und Verbilligung des Fürsorgewesens hingearbeitet werden durch zweckmäßige Gesetzesänderungen.

Landesrat Bauerschmidt: Daß die Verwaltungskosten so hoch erscheinen, ist auf die Gehaltserhöhungen infolge Geldentwertung zurückzuführen. Rechnet man die Ausgaben an Teuerungszuschüssen hinzu, dann werden bei 36 Millionen Gesamtaufwand 5 Millionen durch die Verwaltung in Anspruch genommen. Das darf als normal bezeichnet werden. Die Dezentralisation kann gefördert werden, aber gewisse Fürsorgezwecke, vor allem die Tuberkulosebehandlung, erfordern zentrale Verwaltung.

Der Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses, der die Sache prüfen und das Material dem Provinzialausschuß einreichen soll, wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Bei sieben Mitgliedern entfallen auf die „Bürgerliche Vereinigung" 2.55, auf die Sozialdemokratie 2.36, auf die Kommunisten 1.08, auf die Demokraten 0.7 und auf das Zentrum 0.8 Mitglieder. Die vereinigten Rechtsparteien stellen somit 3, die Sozialdemokraten 2 Mitglieder, die Kommunisten und Demokraten je 1 Mitglied und das Zentrum fällt aus. Die Rechtsparteien weigerten sich, auf ein Mandat zugunsten des Zentrums zu verzichten. Gegen den Vorschlag, 8 Mitglieder zu wählen, protestierte die Rechte und verlangte eine Aussetzung der Beratung, damit sie eine Fraktionssitzung abhalten könne. Dem Wunsche wurde entsprochen und die Sitzung auf zehn Minuten unterbrochen. Die Rechte blieb bei ihrem Beschlusse. Da machte die Sozialdemokratie dem Streite ein Ende, indem sie ein Mandat an das Zentrum abtrat.

Schluß nach 12 Uhr.

*

**Nachmittagssitzung.**

**Die Notstandsdebatte.**

Das Eindringen der sozialdemokratischen Notstandsresolution hat zur Folge gehabt, daß auch die Deutschnationalen mit der Volkspartei, die Demokraten mit dem Zentrum und die Kommunisten Entschließungen über die Frage eingereicht haben.

Abg. Müller (Soz.) begründet eingehend und mit beweiskräftigem Material den sozialdemokratischen Antrag. Die Not der breiten Volksmasse ist aufs höchste gestiegen. Will die Reichsregierung das ärgste verhindern, dann muß sie schnell und rücksichtslos durchgreifen. Wenn der Zentner Kartoffeln mit 1400 Mk. gehandelt wird, wie es vorgekommen ist, dann ist das ein unerhörter Wucher, dem nur durch Rückkehr zur Zwangswirtschaft und schärfste Kontrolle abgeholfen werden kann. Wir gönnen den Landwirten, daß sie in der Zeit allgemeinster Not ihre Wirtschafts- und Wohngebäude äußerlich und innerlich recht hübsch erneuern und sich neue Wirtschaftsgeräte anschaffen konnten. Sie sollen nur nicht hertreten und beteuern, es gehe ihnen schlecht. Wenn für einen Morgen Land, nicht bester Klasse, bis 150 000 Mk. gefordert werden, so ist das ein Beweis dafür, was eine Gutswirtschaft heute abwerfen muß. Trotzdem liefern viele Landwirte nicht einmal ihr erstes Umlagedrittel ab. Ein Landwirt sagte mir, die Landwirtschaft könne das ihr auferlegte Opfer recht wohl tragen, die Brotteuerung sei nicht nötig, die Landwirte verdienten auch bei niedrigeren Preisen noch ein schönes Stück Geld. Mehrfach wird der Redner bei Vorbringung seines Materials von rechts her durch den Zuruf unterbrochen: „Namen nennen!" Er erwidert darauf: Wenn ich an dieser Stelle stehe und Tatsachen anführe, so sollten Sie schon versichert sein, daß sie richtig sind, auch wenn ich aus bestimmten Gründen die Namen der Gewährsmänner nicht nenne. — Viele Landwirte sabotieren absichtlich die Getreideumlage. (Zuruf: Auf Befehl des Landbundes!) Abg. von Abensleben erregte sich über 30 000 Prozent Grundsteuer. Nun, wie sieht diese Ziffer in Wirklichkeit aus? Nach der aus den sechziger Jahren stammenden Grundsteuerordnung belasten 100 Prozent der Grundsteuer den Morgen Land durchschnittlich mit 30 Pf. Dann sind 30 000 Prozent ganze 90 Mk. pro Morgen. Sie werden nicht behaupten wollen, daß das bei den heutigen Preisen eine hohe Abgabe sei. Aber die jetzige Steuer muß gerechter gestaltet werden. Es wäre zu erwägen, ob statt des Bargeldes nicht bestimmte Mengen von Bodenprodukten erhoben werden. Auch der Handel hat seinen Anteil an der Preistreiberei. In einem Falle wurden für eine Ware, die vormittags 180 Mk. kosten sollte, nachmittags 480 Mk. verlangt. (Hört, hört!) Kaffeesäcke gehen nach Holland und kommen als Auslandsware zurück. Die 8 Milliarden Mais sind in die Brennereien gewandert. Dabei verhungern die Sozialrentner. Milch ist fast nicht mehr zu kaufen. Aber die Konditoreien erhalten trotz des noch bestehenden Verbots soviel sie haben wollen. Nehmen Sie unsere Resolution an, die die Rückkehr zur Zwangswirtschaft fordert. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Müffling (Dn.): Den Notstand erkennen auch wir an, aber die vom Vorredner empfohlenen Heilmittel helfen nicht. Die von ihm angegebenen Preise für Kartoffeln und Getreide (1500 Mk.) sind an der Börse nicht gezahlt worden. Die Devisenordnung war ein Schlag ins Wasser. Die schlechte Abführung der Getreideumlage ist auf die ungünstige Ernte zurückzuführen. Wollen wir helfen, so müssen wir fordern, daß die Reichsregierung Mittel zur Verfügung stellt, damit die Unbemittelten Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen kaufen können; an Stelle der Zwangswirtschaft muß die freie Wirtschaft treten.

Abg. Schippel (Kom.) will einen Artikel des Hallischen „Volksblatt" über die verkehrte Abstimmung einiger Kommunisten beim Hammelsprung am Dienstag zur Sprache bringen. Präs. Beims sagt, das könne wohl nach Erledigung des zur Verhandlung stehenden Punktes geschehen. Da Schippel trotzdem noch eine den Abg. Kasparek beleidigende Behauptung aufstellt, wird er zur Ordnung gerufen. Er fordert dann nach der Resolution seiner Fraktion sofortige Inangriffnahme produktiver Arbeit für die Arbeitslosen, Erhöhung der von den Gemeinden zu tragenden Unterstützung für Arme, Erwerbslose und Kriegsopfer, Staffelung aller Gemeindesteuern, Gebühren, Mieten, Schulgelder, Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise, Umquartierung kinderreicher Proletarierfamilien, sofortige Einrichtung von Volksspeisungen, unentgeltliche Abgabe von Milch, Nahrungsmitteln, kostenfreie Entbindung, unentgeltliche Bekleidung, Freigabe des Brennholzsammelns in den Forsten, sofortige Errichtung von Wärmehallen und Asylen, unentgeltliche Totenbestattung, sofortige Erfassung der Sach- und Goldwerte, Errichtung örtlicher Kontrollausschüsse. Den Hauptteil der Ausführungen des Redners nahmen Angriffe auf die Sozialdemokratie ein, die mit den Bürgerlichen Hand in Hand gehe und die Arbeiter verraten habe. An der Markentwertung sei sie mit schuld. (Zuruf: Wie steht denn der Rubel?) Der hat eine gewisse Stabilität erreicht. (Schallendes Gelächter.) Jawohl, in Rußland geht es vorwärts. (Zuruf: Und wie!) Die Arbeiter haben nur noch zu unserer Partei Vertrauen (Heiterkeit), von den Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern wollen sie nichts mehr wissen. Wollen Sie helfen, dann nehmen Sie unsere Resolution an. (Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.) Präs. Beims erklärt, das Händeklatschen sei hier nicht üblich und solle unterbleiben. Auf eine Pöbelei von kommunistischer Seite macht er darauf aufmerksam, daß die Anordnungen des Präsidenten noch geachtet werden müssen.

Abg. Lorenz (Ztr.) begründet die Resolution, die seine Partei gemeinsam mit den Demokraten eingebracht hat und die sich in der Hauptsache mit der deutschnationalen deckt, namentlich die Rückkehr zur Zwangswirtschaft ablehnt. Wir erbauen jetzt nicht soviel Getreide, wie wir brauchen. Durch bessere Düngung könnte die Fehlmenge beschafft werden. Kein anständiger Landwirt billigt den Wucher. Den Landarbeitern geht es bei der Naturalentlohnung gut. Manche haben fünf Schweine im Stalle stehen. Zwischen Konsumenten und Produzenten muß eine Annäherung erfolgen. Achten Sie die Rechte des Landwirts, hüten Sie sich, daß er in seiner Berufsfreudigkeit erlahmt. (Beifall bei Dem. und Ztr.)

Abg. Zimmermann (Dem.) führt Beispiele von Preiswucher an und protestiert scharf gegen die Zwangswirtschaft. Durch den Polizeiknüppel könne das Wirtschaftsleben nicht reguliert werden; auch der Reichsausschuß habe bedenkliche Folgen, helfen könne nur eine Steigerung der Produktion.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Das Schlußwort erhalten Abg. Müller (Soz.), Abg. Fricke (DNVp.), Abg. Baier (Kom.). Letzterer hielt die von Schippel gehaltene „Rede" noch einmal.

Präs. Beims schlägt vor, alle Resolutionen dem Reichsministerium als Material zu überweisen. Abg. Cludius (Dn.) ist dagegen. Abg. v. Krause (Dem.) erhebt den Vorschlag des Präsidenten zum Antrag, der mit 45 gegen 29 Stimmen angenommen wird. Der kommunistische Agitationsantrag, jedem Provinzialbeamten eine Beihilfe von 10 000 Mk. und für jedes Kind eine solche von 2000 Mk. zu gewähren, wird abgelehnt, ebenso der weitere Antrag, aus (nicht vorhandenen!) Mitteln der Provinz 100 Millionen Mk. für Bedürftige zur Verfügung zu stellen. (Die Kommunisten hatten die Nachtragsforderung der Provinz abgelehnt.)

**Ein Nachspiel vom Hammelsprung.**

Abg. Hartmann (Kom.) erklärt, es sei nicht richtig, wenn das Hallische „Volksblatt" berichtet habe, auch er sei beim Hammelsprung durch die verkehrte Tür gegangen.

Abg. Donner (Kom.): Daß mir das passiert ist, ist eine Folge meiner Nervosität. Als ich durch die Tür kam, dachte ich gar nicht daran, daß es sich um eine Abstimmung handle. (Heiterkeit.)

Präs. Beims: Wir sind am Ende unserer Beratungen. Es sind in den drei Tagen fünf Vollsitzungen und sehr viele Ausschußsitzungen abgehalten und die gesamte Tagesordnung ist erledigt worden. Ich danke dem Hause und den Kollegen im Vorstande für ihre Unterstützung und erteile das Wort dem Herrn Oberpräsidenten.

Oberpräsident Hörsing: Es war eine kurze, aber wichtige Tagung, die Sie abgehalten haben. Ich hoffe, daß die Debatten über die allgemeine Not zu guten Ergebnissen führen. Sie werden weit über den Rahmen der Provinz hinaus gewürdigt werden und auch von der Reichsregierung bei ihren Maßnahmen beachtet werden. Namens der Staatsregierung schließe ich hiermit den 35. Landtag der Provinz Sachsen.

Schluß nach 6 Uhr.

---

**Merseburg.** Die Bäckermeister auf dem Kriegspfade. In einer am Dienstagabend abgehaltenen Versammlung haben die allen ehrlichen Bäckermeister beschlossen, das Kriegsbeil auszugraben und der Bevölkerung den Kampf zu erklären. Aus dem ganzen Kreise waren die Herren herbeigeeilt und hatten zur Staffage einige Gesellen bestellt, welche die heilige Entrüstung mit teilen sollten. Grund: der Profit war in Gefahr, da der Kreisausschuß sich nicht dem Willen der Bäckermeister gebeugt, sondern den Brotpreis in einer immerhin noch berechtigten Höhe festgesetzt hatte; die Herren brauchen bei diesem Preis noch lange nicht am Hungertuche zu nagen. Mit der Kalkulation der Bäckermeister und Mühlenvereinigung, die dem Begutachtungsausschuß in der letzten Sitzung am Freitag vorgelegt wurde, werden wir uns in einem besonderen Artikel befassen. Schon in der Sitzung wies Genosse Wenscheck darauf hin, daß die Forderung nicht den Verhältnissen entspricht, sondern über das Ziel hinausschießt. Aber schon dort drohte der Bäckermeister Höher (Merseburg) mit Kampfmaßnahmen, wenn nicht sein Standpunkt restlos von den anderen Mitgliedern anerkannt würde. Die Anmaßung des Herrn wurde in gebührender Weise zurückgewiesen und wenn jetzt Herr Höher seine Getreuen zusammengerufen hat, damit die Aufbietungsgelüste an der Bevölkerung durch Streik durchgesetzt werden sollen, so hoffen wir, daß die Bevölkerung den Herren ein Veto entgegenstellt. Die schöne Gesse in der Versammlung an die mitgebrachten Gesellen, nun könne keine Lohnerhöhung stattfinden und sie sollten sich beim Kreisausschuß beschweren, mögen die Herren sich sparen. Vielleicht erklären die Herren Höher und Freiberger einmal ihren Gesellen, wo das Geld zu dem schönen, nicht billigen Fassaden-Anstrich hergekommen ist. Wenn Herr Höher in der Versammlung dafür eintrat, sich über die gesetzlichen Maßnahmen hinwegzusetzen, so wird ihm das Experiment nicht gut zu stehen kommen. Wir sind noch nicht soweit, daß einzelne Leute diktieren können. Die Herren mögen gewarnt sein, zu straff gespannt zerspringt der Bogen. Hoffentlich erteilt der Kreisausschuß bald die gebührende Antwort. Den Gesellen aber raten wir, sich nicht von den Wagen ihrer Arbeitgeber spannen zu lassen, sondern sich freigewerkschaftlich zu organisieren, damit ihre Interessen vertreten werden können.

**Naumburg.** Zahlung der Teuerungszuschüsse für Monat November. Die Zahlung der Teuerungszuschüsse zu den Militärversorgungsgebührnissen für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene für den Monat November dieses Jahres findet in der Polizeiwache Rathaus (Eingang Schuhhof) wie folgt statt: für Hinterbliebene in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags: am Montag, dem 6. November, Buchstaben F bis G; am Dienstag, dem 7. November, Buchstaben H bis K; am Mittwoch, dem 8. November, Buchstaben O bis Z; für Kriegsbeschädigte: am Donnerstag, dem 9. November, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags. Stammkartennummern sind unbedingt vorzulegen.

**Naumburg a. S.** Arbeitersportkartell. Am kommenden Sonnabend, dem 4. November, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn": Konzert zum Besten eines Sportplatzes des Sportkartells. Sonntag, den 5. November, nachmittags 1/2 2 Uhr, ziehen sich in spielstarker Aufstellung die Sondermannschaften der Freien Turner von Naumburg und Apolda auf der Vogelwiese gegenüber. Sonntag, den 5. November, nachmittags 4 1/4 Uhr, im „Schützenhaus" stehen sich im Städtekampf die 1. (Achtermannschaften) des Kraft-Sportvereins „Atlas" (Halle) und des 1. Kraft-Sportvereins von 1899 Naumburg a. S. und die 1. Jugendklassen beider Vereine gegenüber. Diese Spiele und Kämpfe sollen Zeugnis ablegen von dem Wert und Stand der Arbeiter-Sportbewegung, und sie sollen beitragen, den Arbeitersport und der Jugendpflege neue Kräfte und Anhänger zuzuführen. Das Sportkartell bittet die freiorganisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, diese Veranstaltungen zu besuchen und zu unterstützen. Ferner seien die Kartellbelegierten auf die nächste Sportkartell-Sitzung am 18. November, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn" aufmerksam gemacht.

**Roßla.** Diebstahl. Zwischen Roßla und Bennungen wurden aus der Telegraphenleitung 80 Meter Bronzedraht herausgeschnitten. Personen, welche in der Lage sind, Anhaltspunkte über die Täter zu geben, werden gebeten, dieses der hiesigen Amtsanwaltschaft mitzuteilen.

— Zuckerkarten. Vom 1. Dezember kommt die Zuckerkarte wieder zur Einführung. Es werden pro Kopf im Monat 1 Pfd. Zucker verabfolgt.

**Bitterfeld.** Städtisches. Unsere Stadtkörperschaften stellten für den neu zusammengetretenen Ortsausschuß für Leibesübungen, welcher auf Veranlassung des betreffenden Reichsausschusses die Turnerschaft und die Sporttreibenden zu einem Verbande vereinigt, vorläufig einen Betrag von 6000 Mark für das Jahr 1922 bereit. Für das städtische Bürgerheim, welches in der Besetzung mit 9 Insassen statt der eingerichteten 12 Stellen beschränkt werden soll, wurde eine Herabsetzung der einzuzahlenden Gelder beschlossen. Die Sätze betragen nunmehr für die in der Stadt Geborenen 6000, für die im Kreise Gebürtigen 12 000 und für die von auswärts stammenden im Alter von 60 bis 65 Jahren 30 000, von 65 bis 70 Jahre 25 000 und über 70 Jahre 20 000 Mark. Das Schulgeld für auswärtige Kinder von der Volksschule erhöhte man vom 1. April an auf 600 und vom 1. Oktober an auf 800 Mk. jährlich.

— Fahrradmarder. Festgenommen wurde hier der oft bestrafte Arbeiter St. aus Dessau, als er ein gestohlenes Fahrrad einem Händler zum Kaufe anbot. — Entführt wurden Fahrräder vom Hofe des Landratsamtes und vom Flure des Amtsgerichts.

**Muldenstein.** Richtigstellung! In unserer Nummer 23 vom Freitag, dem 27. Oktober, brachten wir unter der Spitzmarke „Gelegenheit zum Betrügen", eine kurze Notiz über einen betrügerischen Vorfall in der Rickelschen Gastwirtschaft. Wie wir erfahren, können Arbeiter des Eisenbahnkraftwerks nicht als Täter in Betracht kommen. Es handelt sich wahrscheinlich um auswärtige Anstreicher.

**Wittenberg.** Aus dem Konsumverein. Da die Verwaltung des Konsumvereins die Generalversammlung nur im „Klassenkampf" durch Inserat bekanntgibt, weisen wir unsere Genossen, die Mitglieder des Vereins sind, darauf hin, daß die Generalversammlung am Sonntag, dem 5. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokal Freudenberg, Kurfürstenstraße 15, stattfindet. Pflicht unserer Genossen ist es, die Generalversammlung zu besuchen.

**Gölsa bei Falkenberg.** Einführung eines Amtsvorstehers. Hier fand in der vorigen Woche die Einführung des neuen Gemeindevorstehers, des Genossen Worlich, durch den Amtsvorsteher, Genossen Dietrich in Falkenberg, statt. Bekanntlich mußte der alte Gemeindevorsteher, der den Deutschnationalen angehörte, infolge Duldung schwarzweißroter Umzüge anläßlich der Schulweihung sein Amt niederlegen.


Unternährte Kinder brauchen Perrolf als Kraftkost
Nahrhaft u. wohlfeil

SUNLIGHT
Unzählige Achteckstücke der altbewährten SUNLIGHT SEIFE wandern täglich aus der Fabrik auf den Waschtisch und ins Bad.
SUNLIGHT (SCHUTZMARKE) SEIFE



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221103-18/fragment/page=0006